

Hefte aus Burgscheidungen

Briefe an einen Pfarrer



89

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Hefte aus Burgscheidungen

Briefe an einen Pfarrer

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Zur Stellung des Laien in der Kirche	3
Der Katholik als Staatsbürger	11
Kirche und Staat heute	16
Der Katholik im sozialistischen Staat	24
Sozialismus — was ist das?	30
Schule und Familie im Sozialismus	35
Frieden als göttlicher Auftrag	40

Vorbemerkung

Kurz nachdem im Oktober 1961 das erste Heft der neuen katholischen Monatsschrift „begegnung“ erschienen war, erhielt die Redaktion der Zeitschrift neben anderen Leserbriefen auch eine Zuschrift des katholischen Geistlichen Pfarrer B. aus P., der sich ausführlich mit dem Inhalt der ersten Nummer befaßte und dabei den Versuch unternahm, einige der dort vertretenen Auffassungen zu widerlegen. Diese erfreulicherweise sehr offen gehaltenen Ausführungen gaben dem Redaktionskollegium der „begegnung“ Anlaß, in mehreren „Briefen an einen Pfarrer“ zu den wichtigsten der von Pfarrer B. aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, damit zur Klärung grundsätzlicher Probleme der Verantwortung des katholischen Bürgers im sozialistischen Staat beizutragen und zur weiteren Diskussion anzuregen.

Einem Vorschlag des Redaktionskollegiums der „begegnung“ folgend, veröffentlichen wir nachstehend in Broschürenform die in den Heften 2, 4, 6, 7, 8 und 9 des Jahrgangs 1962 der „begegnung“ erschienenen sechs „Briefe an einen Pfarrer“ sowie einen in Heft 3/1962 abgedruckten Diskussionsbeitrag von Dr. Gerhard Desczyk zum Thema „Der Katholik als Staatsbürger“. Wir hoffen, daß auch diese Veröffentlichung dazu beitragen wird, das Gespräch über die Grundfragen, die den katholischen Bürger beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in unserer Republik bewegen, zu fördern und dem weiteren Klärungsprozeß voranzuhelfen.

Zur Stellung des Laien in der Kirche

Hochwürden!

In dankenswerter Weise haben Sie den Herausgeber Ihre Meinung über den Wert der „begegnung“ wissen lassen. Ihr Brief zeigt, wie viele Probleme im katholischen Raum offenbar noch unklar sind, und wird deshalb der Redaktion sicher eine wertvolle Hilfe für ihre Arbeit in den kommenden Monaten sein.

Die Klärung offener Probleme ist ein Prozeß, der nicht heute oder morgen zu einem Ende gebracht werden kann, um dessen Lösung aber gerade die „begegnung“, wenn sie ihre Aufgabe, Wegweiser für einen Katholiken in die neue Zeit zu sein, recht versteht, bemüht sein muß. Es wird dabei im besonderen um solche Fragen gehen wie:

Die Stellung des Laien in der Kirche,
Katholik und Obrigkeit,
Staat, Weltanschauung und Kirche u. a.

Ihr Brief zeigt aber zum anderen, und das ist der Punkt, an den ich heute anknüpfen möchte, daß bezüglich der Stellung des Laien in unserer Kirche sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen. Dabei bin ich der Ansicht, daß die Meinung, die Sie, Hochwürden, darüber haben, nicht genügend die moderne Entwicklung berücksichtigt.

Friedrich Heer, dessen Integrität Sie gewiß nicht bestreiten werden, hat einmal bewegte Klage über die vielen „Tabus im Katholizismus“ geführt, und es scheint so, als gehöre zu diesen Tabus in manchen Kreisen der Geistlichkeit auch die echte Diskussion über die Stellung des Laien in unserer Kirche.

Was ist das für ein Katholik, den Sie erwarten? Ist das der Katholik, der fest in unserer Kirche und in unserer Zeit steht? Ist das der Katholik, der sich selbst um eine Vertiefung seines Glaubens bemüht, um daraus die Kraft zu schöpfen für die Erfüllung seines Auftrages in der Welt? Ist das der Katholik, der sich bemüht, ein vollwertiges Glied unserer Hl. Kirche zu sein, in dem Raum der Welt, in den er nun einmal gestellt ist? — Ich meine, nein!

Sie kennen gewiß die folgende Anekdote: Ein Taufbewerber fragte einen katholischen Geistlichen nach der Stellung des Laien in seiner Kirche. „Die Stellung in unserer Kirche“, erwiderte der Priester, „ist eine zweifache: Er kniet vor dem Altar, das ist seine erste Stellung; er sitzt unter der Kanzel, das ist seine zweite Stellung.“ Und Kardinal Gasquet hat hinzugefügt: „Seine dritte vergaß man zu nennen: Er greift nach seinem Geldbeutel.“¹⁾

Das ist das Bild eines Laien in unserer Kirche, wie es vielleicht vor 30 oder mehr Jahren gültig war. Jenes Bild, das zwar den Laien als treuen Sohn unserer Kirche zeichnete, dem es aber doch im Durchschnitt an Bekennermut, Tatkraft und bewußt katholischem Auftreten im weltlichen Raum ermangelte. Er repräsentierte gewiß nicht die Weite und Größe unserer Hl. Kirche. Es ist das gleiche Bild etwa, das der verdienstvolle Dr. Carl Sonnenschein vom Berliner Katholizismus einst zeichnete, als er seine Arbeit in Berlin begann: „Berlin ist eine Großstadt, aber der Berliner Katholizismus ist verdammt kleinstädtisch.“ Seinem Wirken war es ja vor-

nehmlich zu verdanken, daß der katholische Berliner stärker von seinem Glauben in aller Öffentlichkeit Zeugnis ablegte. Was für die Zeit seines Wirkens in den zwanziger Jahren galt, gilt heute genauso. Worauf kommt es an?

Es kommt darauf an, daß wir in unserer Zeit, in dem Raum, in den uns der Herrgott gestellt hat, leben und wirken entsprechend seinem Auftrage. Ich bin deshalb ein wenig betrübt darüber, daß Sie die mit diesem Artikel verbundene Absicht, die Aktivierung des Laien in Kirche und Welt zu fördern, verkennen und daß Sie die darin vertretene Auffassung von der Stellung des Laien „ganz und gar unkatholisch und häretisch“ nennen. Offenbar ist Ihnen entgangen, welche Entwicklung gerade diese Frage in der neuesten Zeit genommen hat. Vielleicht lesen Sie einmal das französische Vorwort zu der im St. Benno-Verlag erschienenen „Einführung in die katholische Theologie: Die Quellen des christlichen Glaubens“ nach. Dort heißt es u. a.:

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Laien — Gott Dank — es nicht mehr ertragen, im Hinblick auf theologische Bildung einfach übergangen zu werden. Die Theologie, sagen sie, muß aufhören, ein Privilegium der Kleriker zu sein. Man hat kürzlich mit großer Schärfe geschrieben: Das immer wieder erneuerte Vorurteil, das die Geistlichen veranlaßt, den Laien eine geistige Kost zu vermitteln, die mehr oder weniger einer geistigen Mittelmäßigkeit und Beschränktheit angepaßt sein müsse, ist sozusagen ehrenrührig. Um sich bei den Laien Liebkind zu machen, ergeht man sich oft in einer Art unbewußter Demagogie...“

Gewiß hat die Stellung des Laien in unserer Kirche eine wechselvolle Geschichte. Während sie in der Frühzeit des Christentums noch als durchaus ansehnlich bezeichnet werden kann — gab es doch Gehilfen der Apostel und der kirchlichen Vorsteher, gab es doch Laientheologen, sogar Laien als Konzilsteilnehmer, wirkten doch sogar Laien bei der Bischofs- und Papstwahl mit —, sind die Laien im Mittelalter durch die sich als Folge der Reformation immer stärker herausbildende Herrschaft der Hierarchie nicht nur langsam ins Hintertreffen, sondern auch in einen gewissen Gegensatz zum Klerus geraten, wie es etwa Papst Bonifaz VIII. (1294—1303) in der Bulle „Clericis laicos“ vom Jahre 1296 ausgesprochen hat: „Die Laien sind die Feinde des Klerus.“ Erst im 19. Jahrhundert kam es in Deutschland wieder zu eigenständigen Bewegungen von Laien, aber diese Verbände hatten oft wenig Anziehungskraft und entfalteten nur eine sehr geringe Aktivität auf die Welt. Nun ist aber seit der Jahrhundertwende ein Wandel

¹⁾ Yves Congar, Der Laie. Stuttgart 1957, S. 7

eingetreten, der immer klarer die eigenständige personale und soziale Stellung des Laien in der Kirche berücksichtigt. Entscheidend hierfür war die Enzyklika „Ubi arcano“ (23. Dezember 1922) von Pius XI. über die Katholische Aktion. Der von Pius XI. gezeigte Weg wurde weiterhin eingehalten und noch vertieft. Man umgrenzte nicht nur die Rechte und Pflichten der Laien, es wurde auch der „theologische Ort“ der Laien näher bestimmt. Sie haben unter Leitung der Hierarchie teil am Priestertum Christi. Wie wesentlich die Mitwirkung der Laien im Ganzen der Kirche ist, hat Pius XII. in seinem Rundschreiben „Über den mystischen Leib Christi“ dargelegt:

„Es ist darum Unser Wunsch, es möchten alle, die in der Kirche ihre Mutter erkennen, eifrig erwägen, daß tatkräftige Mitarbeit zum Aufbau und Wachstum des mystischen Leibes Christi nach Maßgabe ihrer Stellung Pflicht aller Glieder ist, nicht bloß der Diener des Heiligtums und jener, die sich Gott ganz im Ordensleben geweiht haben... Es ist offenkundig, daß die Christgläubigen der Hilfe des göttlichen Erlösers bedürfen, jedoch muß auch festgehalten werden, daß, so seltsam es scheinen mag, Christus auch nach der Hilfe seiner Glieder verlangt.“

Worauf nun diese Mitwirkung der Laien abzielt, hat Pius XII. eingehend in seiner Ansprache beim 2. Weltkongreß für Laienapostolat am 5. Oktober 1957 gesagt:

„Eine schöne Aufgabe für die Kirche, die aber dadurch sehr erschwert wird, daß sie zwar in ihrer Gesamtheit stark angewachsen ist, ihr Klerus jedoch nicht in gleichem Maße zugenommen hat. Nun aber muß sich der Klerus vor allem für die eigentlichen Aufgaben des Priestertums frei halten, die ihm niemand abnehmen kann. Die Mithilfe der Laien im Apostolat ist also eine unerläßliche Notwendigkeit.“²⁾

Pius XII. sagte in derselben Ansprache weiter:

„Während es der kirchlichen Hierarchie vor allem obliegt, die Menschen zu retten, ist es die Aufgabe der Laien, die Welt zu retten. Hierher gehört z. B. die Arbeit der Laien auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet. ‚Heiligung der Welt‘ ist im wesentlichen das Werk der Laien, von Menschen also, die im wirtschaftlichen und sozialen Leben stehen, die an der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften teilnehmen. Man möge dem Laien Aufgaben anvertrauen, die er ebensogut oder sogar besser als der Priester ausführen kann. Er soll in den Grenzen seiner Funktion und in den Grenzen, die das Gemeinwohl der Kirche zieht, frei handeln und seine Verantwortung ausüben können.“

Das ist nach Pius XII. nicht nur in der organisierten Form der Katholischen Aktion möglich, sondern auch im freien Apostolat. „Auch der Laie“, schreibt Jesuitenpater Karl Rahner³⁾, „trägt eine Verantwortung für die Kirche und für ihr konkretes Handeln in der Zeit. Er soll als Träger und Mitgestalter der öffentlichen Meinung in der Kirche ‚mitreden‘.“ Lassen Sie mich noch einmal Karl Rahner zitieren. Er spricht in seiner Studie über das Laienapostolat⁴⁾ zunächst davon, daß der Begriff des Laien nichts zu tun habe mit dem Begriff des „Profanen“, des „Unwissenden“, des wegen seiner Unerfahrenheit Hilflosen, auf den Fachmann Angewiesenen, des „Unkirchlichen“, religiös Uninteressierten, des bloßen Objektes hierarchischer Macht, und fährt dann fort: In diesem Sinne gibt es nicht — oder soll es nicht geben — einen Laien in der Kirche. Laie in der Kirche heißt vielmehr, er steht in der Kirche als Glied und Funktion der Kirche dort, wo Welt gemeint ist. Es gibt nämlich nicht nur Welt als sündigen, gottwiderspenstigen Gegensatz zu Christus, Gnade, Kirche, sondern auch Welt als Schöpfung Gottes, als erlösbare und zu heiligende Wirklichkeit, und auch als solche ist sie nicht einfach identisch mit der Kirche, sondern die Kirche ist eher das geschichtlich greifbare, gesellschaftlich verfaßte Instrument Christi für das Kommen des Reiches Gottes in der Erlösung und Heiligung der Welt. In dieser Welt hat der Laie seinen bestimmten Platz entsprechend seiner geschichtlichen Situation, seinem Volk, seiner Familie, seinem Beruf, den individuellen Seiten seiner Gaben und Fähigkeiten usw. Und zwar hat er diesen seinen Weltort zunächst einmal unabhängig und im voraus zu seinem Christentum. Der Christ als Laie unterscheidet sich vom Nichtlaien dadurch, daß er auch durch sein Christsein nicht nur einen ursprünglichen Weltort hat, sondern ihn auch im Vollzug seines Daseins nicht verläßt. Er ist zu seinem christlichen Weltamt durch eigene, ausdrückliche, sakramental greifbare Beauftragung in der Firmung bestellt. Das Leben in der Kirche, so fährt Karl Rahner fort, erschöpft sich nicht darin, daß einerseits die hierarchischen Ämter als ein für allemal von Christus gestiftete Dauerorgane ihre Funktion ausüben und daß andererseits das Kirchenvolk diese Funktion der Kirchenämter entgegennimmt. Er ist nicht nur Nutznießer dieses

³⁾ K. Rahner S. J., Das freie Wort in der Kirche, 2. Aufl., Einsiedeln 1955, S. 28 f.

⁴⁾ K. Rahner, S. J., Schriften zur Theologie, Bd. 2, Einsiedeln/Zürich/Köln 1955

²⁾ Vgl. Herder-Korrespondenz 12 (1957/1958), S. 112 ff., 13 (1958/1959), S. 1 f.

Tuns, Untertan ihrer Leitung, passives Objekt ihrer Sendung, sondern aus dem Wesen eines Gliedes des mystischen Leibes Christi heraus aktiver Mitträger ihrer Sendung und ihres Auftrages, soweit dies von der Kirche als ganzes ausgesagt werden kann und muß und soweit eine bestimmte Sendung und ein bestimmter Auftrag eben nicht gerade den Wesensunterschied bestimmter Glieder der Kirche im Unterschied von denen ausmachen, die wir Laien nennen. Der Laie nimmt teil an der Sendung und Aufgabe der Kirche (was noch längst nicht bedeutet: er partizipiert an der Sendung der Hierarchie, des Klerus usw.). Im heutigen Kirchenrecht ist der Umfang der dem Laien übertragenen Aufgaben, Rechte und Pflichten nur in ganz geringem Maße festgelegt. Ich wage der Meinung zu sein, sagt Karl Rahner, daß, solange dies so bleibt, wir nie eine Katholische Aktion der Laien haben werden, wie wir sie uns wünschen. Wirkliche Verantwortung und Pflicht wird nur dort aufgenommen und getragen werden, wo ein gewisses Feld rechtlich zugesprochener Freiheit in der selbständigen Erfüllung dieser Pflichten und Aufgaben grundsätzlich (wenn auch nur iure humano) gegeben ist. Solange es also kein genauer geregeltes Laienrecht in der katholischen Kirche gibt, das den Laien auch gegenüber der Hierarchie schützt, solange werden wir vergebens auf eine Katholische Aktion als unmittelbare Zusammenarbeit mit dem Klerus und der Hierarchie warten, in der sich andere Leute betätigen als jugendliche Idealisten und alte fromme Geschäftelhuber oder Leute, bei denen die Schwierigkeit überbrückt ist durch ein zufälliges, persönlich bedingtes Freundschafts- und Vertrauensverhältnis mit den entsprechenden kirchenamtlichen Stellen. Karl Rahner meint weiter, daß man ein solches Laienrecht zunächst einmal nicht von Rom erwarten könne.

Nun sind aber seit Erscheinen dieser Publikation einige Jahre vergangen, in denen sich gerade auf diesem Gebiet einiges getan hat. Die letzten Päpste, auch unser jetziger Heiliger Vater Johannes XXIII., waren es, die sich für eine aktivere Rolle des Laien in unserer Kirche ausgesprochen haben. Und glauben Sie nicht, Hochwürden, daß die Tatsache, daß das kommende Konzil eine besondere Kommission haben wird, die sich mit der Stellung des Laien in unserer Kirche befaßt, ein Ausfluß dieser Überlegungen ist und daß wir einige Klärung bezüglich des Laien in unserer Kirche von dieser Kommission erwarten dürfen?

Es ist klar, daß eine solche stärkere Heranziehung des Laien sich noch in einem Reifungsprozeß befindet. Vieles ist

schon erreicht, manches ist aber noch zu tun. Das zeigt auch gerade die Reaktion, die mein Artikel bei Ihnen ausgelöst hat. Auf Seiten der Kirche muß vor allem Aufgeschlossenheit für die Arbeit der Laien vorhanden sein. Es ist falsch, wenn man die Arbeit der Laien hemmt aus Angst, daß dem Priester etwas „aus der Hand“ genommen wird, was vielleicht gar nicht seine eigentliche Aufgabe ist. Der Klerus muß weitblickend genug sein, den persönlichen Einsatz des Laien nicht nur zu dulden, sondern auch zu beleben. Mögliche Fehlentwicklungen müssen in kluger und taktvoller Art abgebrochen werden. Für uns Laien gilt, daß wir uns dieser Aufgabe immer mehr öffnen. Pius XII. hat das in seiner Ansprache an die italienischen Bischöfe im Jahre 1950 so ausgedrückt: „Das Vertrauen, das die Kirche in die Laien setzt, indem sie sie an die Seite der Hierarchie beruft, um deren apostolisches Werk fortzusetzen und zu erweitern, möge sie bereit machen.“ Der Papst fordert sogar die Laien auf, Mut zur Initiative an den Tag zu legen.

Meinen Sie nicht, Hochwürden, daß uns die Aktivität der Anhänger anderer Weltanschauungen und Konfessionen doch zu denken geben muß? Eine Aktivität, die nicht nur auf den inneren geistigen Raum beschränkt ist, sondern weit darüber hinaus in die Welt wirkt. Christliches Dasein, sagt Urs von Balthasar, das zum Inhalt nicht nur das Dienen, sondern auch das Mitarbeiten hat, würde als neue Kraft aus den christlichen Gemeinden in die Welt ausstrahlen.

Es mag nun sein, daß die Häufung von „Miseren“ in meinem Artikel ein etwas zu düsteres Bild der Situation unserer Hl. Kirche vermittelt. Diese Aufzählung ist im einzelnen aber wohl überlegt, und nichts kann davon abgestrichen werden. Sie kann aber auch nicht, wie Sie es tun, Hochwürden, um Probleme erweitert werden, deren Behandlung nicht Absicht dieses Artikels war. Es sollte gewiß kein nur negatives Bild unserer Kirche gezeichnet werden, es sollte aber auch einmal in aller Offenheit auf die Fragen hingewiesen werden, deren Lösung vielen ehrlichen und anständigen Katholiken wirklich am Herzen liegt. Viele Laien haben nun einmal das Gefühl, von Geistlichen als Menschen zweiter Klasse angesehen und behandelt zu werden, denen man, weil es eben sein muß, gestattet, daß sie sich mit dieser „hinfälligen“ Welt befassen. „Nur das Reich Gottes, so meinen manche, zählt in den Augen der Priester. Irdische Werte scheint es für sie gar nicht zu geben. Der Fortschritt der Welt interessiert sie überhaupt

nicht.⁵⁾ Die Laien aber nehmen die Dinge wirklich ernst. Hier liegt doch die letzte Ursache unserer unterschiedlichen Auffassungen. Theodor Kampmann, Professor der Religionspädagogik in Westdeutschland, schrieb:

„Ist es denn ein Zufall, daß seit Generationen die großen Apologeten des Christentums Laien sind? Wer hat denn im 19. Jahrhundert die christliche Frage am nachdrücklichsten gestellt? Dostojewski und Kierkegaard, Ibsen und Tolstoi, Karl Muth und Theodor Haecker, Sigrid Undset und Gertrud von le Fort, Reinhold Schneider und Werner Bergengruen, Paul Claudel und Jean Jaques Maritain, Keith-Gilbert Chesterton, Hilaire Beloc. Wird hier nicht bis zum Greifen deutlich,

1. daß Randgebiete heute die Domänen sind, wo Engel und Dämonen streiten, und
2. daß die Stunde des apostolisch wirkenden Laien geschlagen hat?⁶⁾

Lassen Sie mich noch ein paar andere Sätze von Kampmann zitieren:

„Pointiert gesprochen ist das Apostolat des Priesters Gott zugewandt und dem Heile der unsterblichen Seele, ist das Apostolat des Laien der Welt zugewandt und dem Heile der irdischen Belange. Die Welt des Hier und Heute wird durch Wort und Sakrament weniger erreicht, als es zur Zeit unserer Väter und Vorväter geschah. Der direkten Anrede gegenüber ist die gegenwärtige Welt um vieles empfindlicher, um vieles kritischer, als es die Welt der Vergangenheit war. Beim Laienapostolat liegt der Akzent auf dem Menschen und der Welt. Es ist so, daß er, das Sakrament im Rücken, auf die Welt losmarschiert, daß er, das Wort Gottes im Herzen, die irdischen Belange angeht und ordnet. Da sein Sonderauftrag der Welt gilt, muß er diese Welt kennen und überschauen und theoretisch ordnen. Kennzeichnend für die Haltung des Christen, der für die Welt sich verantwortlich weiß, ist aber nun dies, daß er, der Christ, in voller Unbefangenheit der weltlichen Wissenschaft offensteht, daß er vor keiner ernsthaften Frage ausweicht. Sein Glauben ist sein Licht und seine Stärke.

Das ist der Sieg, der die Welt überwindet, unser Glaube (1. Joh. 5, 4). Der Christ ist in weltanschaulichen Kämpfen weder ängstlich noch übermütig, weder vergangenheitsbesessen noch zukunftsstrunken, er ist nüchtern und zuversichtlich. Die Aufgabe des Christenvolkes in seiner Ganzheit ist die ernste Verpflichtung zum praktisch-politischen Handeln. Der dem *ordo christianus* eingefügte Laie hat in dieser Weltstunde

die besonders ernste Verpflichtung, das öffentliche Leben, die *res politica* mitzugestalten. Weltverantwortung tragen bedeutet für den christlichen Laien Verantwortung tragen für den Nächsten, den Gott jedem Menschen täglich zuführt, bedeutet Verantwortung tragen für Weib und Kind, für den Hausbewohner und den Berufsgenossen, für den Freund und Kollegen, für den Nachbarn und den Heimatlosen. Und wenn wir Christen für dieses unser Volk nicht eintreten, wer soll dann sein Anwalt sein und sein Arzt?“

Ich habe deshalb, Hochwürden, auch nicht meine Bemerkung zurückzunehmen, daß die Kirche in eine epochale Phase tritt, in der sie mittels der Laienbewegung ihr Leben noch wesentlicher und ganzheitlicher auszuzeugen vermag als im vergangenen Jahrtausend. Im übrigen haben auch die verschiedenen Umfragen zum Konzil gezeigt, daß durchaus auch Laien fruchtbare Gedanken zu diesen Dingen haben und nicht wenig zu ihrer Bewältigung beitragen können.

Ich hoffe, Hochwürden, daß es mir auf dem knappen Raum möglich war, Ihnen meine Auffassung zur Stellung des Laien in unserer Kirche besser darzutun, als dies in den kurzen Bemerkungen in Heft 1 der „begegnung“ möglich war. Wir sind als Katholiken unserer Zeit in diesen Raum, in diesen Staat gestellt und wollen hier und heute unsere Aufgabe erfüllen, die für uns nicht wie die des Priesters Amt oder Funktion ist, sondern Auftrag unseres Herrgotts im gesellschaftlichen Raum. Dabei den Glaubensbrüdern zu helfen und ihren aktiveren Einsatz sowohl im Raum der Kirche als im Raum der Welt zu fördern, kann niemals als Ermunterung zum „Aufstand der Laien gegen die hierarchische Ordnung der Kirche“ gedeutet werden, sondern als ernste Bemühungen, daß auch die katholischen Glaubensbrüder sich stärker als bisher für die Lösung der Lebensfragen unseres Volkes, die Erhaltung des Friedens, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und für Glück und Wohlstand aller Menschen einsetzen.

Ihr sehr ergebener
Alfons Malik

Der Katholik als Staatsbürger

Die Frage, wie der katholische Christ sich gegenüber einem Staate verhalten soll, dessen leitende Männer sich nicht zum Christentum bekennen, wird heute mitunter in einem Tone gestellt, als besäße die Christenheit auf diesem Gebiete über-

⁵⁾ Yves Congar, *Der Laie*, Stuttgart 1957

⁶⁾ Th. Kampmann, *Die apostolische Verantwortung des Christen heute*, Berlin 1948. S. 13

haupt keine Erfahrungen. In Wahrheit ist es so, daß bereits die Gläubigen der altchristlichen Kirche in einem Staate lebten, dessen Staatsführer gar nicht daran dachten, sich zum Christentum zu bekennen. Und heute gibt es unter den Ländern, in denen auch katholische Christen leben, nicht wenige, deren Staatsmänner entweder ein religiöses Bekenntnis überhaupt ablehnen oder sich zu einer anderen Religion, etwa zum Islam oder zum Buddhismus bekennen.

In allen diesen Fällen kann das Verhalten des katholischen Christen zum Staate sich nicht richten nach der persönlichen Sympathie oder Antipathie, die er diesem oder jenem Staatsmann entgegenbringt, sondern nach den Lehren Jesu Christi, die jeder in den Evangelien nachlesen kann, und nach der Praxis, die bereits die Apostel und Kirchenväter entwickelt haben.

Auf die Frage, welches Gebot das größte sei im Gesetz, hat Jesus mit zwei Zitaten aus den Büchern des Moses geantwortet: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben aus deinem ganzen Herzen und aus deiner ganzen Seele und aus deinem ganzen Gemüte (5. Mos. 6, 5). Das ist das größte und erste Gebot. Das andere aber ist diesem gleich: du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst (3. Mos. 19, 8). Auf diesen zwei Geboten ruht das ganze Gesetz“ (Matth. 22, 37—40).

Die gleiche Antwort, nur in umgekehrter Reihenfolge der Gedanken und in schlagender, scharf zugespitzter Formulierung, erhalten die Pharisäer, als sie die Fangfrage stellen, ob es erlaubt sei, dem römischen Cäsar Steuer, Tribut zu zahlen. Sagt Jesus ja, macht er sich unpopulär, sagt er nein, kann man ihn der römischen Besatzungsmacht denunzieren. Jesus durchschaut die Heuchler und verlangt nicht ohne Ironie: „Zeigt mir die Steuermünze, damit ich sehe.“ Sie bringen ihm einen römischen Denar, denn die Römer verlangten, daß man in ihrer Währung zahle. Diese Denare — wir besitzen solche in unseren Münzsammlungen — zeigen das Bild und den Namen des Kaisers. Jesus fragt: „Wessen ist das Bild und die Inschrift?“ Die Pharisäer können es nicht leugnen, sie geben es unwillig zu: „Des Cäsars“. Und wie ein Hammerschlag trifft sie die Antwort Christi: „Gebt also zurück dem Cäsar, was des Cäsars ist, und Gott, was Gottes ist“ (Matth. 22, 21).

In diesem „Gebt zurück!“ (griechisch: apodote) ist die Feststellung enthalten, daß jeder Mensch dem Staate, in dem er lebt, verpflichtet ist, daß er von der Gemeinschaft von Jugend auf empfangen hat, daß jede Gemeinschaft aufgebaut ist auf

Nehmen und Geben. Gerade der Christ soll in der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Staate keine Last, sondern in erster Linie die Abgeltung der Vorteile sehen, die er dem Staate, der Gesellschaft verdankt.

Daß die Christen der ersten Jahrhunderte in jeder Weise bemüht waren, als loyale Staatsbürger, als nützliche Glieder der Gesellschaft zu wirken, geht nicht nur aus den vielfältigen Mahnungen der Apostel hervor, sondern auch aus solchen Geschichtsquellen, die nicht christlichen Ursprungs sind. Der römische Schriftsteller Gajus Plinius Cäcilius Secundus (62—113), gewöhnlich „der jüngere Plinius“ genannt, war im Jahre 111 kaiserlicher Legat für die asiatische Provinz Bithynien. Er berichtete an den Kaiser Trajan über die Aussagen von Christen, die man ihm als Mitglieder einer verbotenen Vereinigung — als solche galten die christlichen Gemeinden im Römer-Reich — vorgeführt hat. Plinius schreibt:

„Sie sagten, ihre Hauptschuld oder ihr Irrtum habe darin bestanden, daß sie an einem festgesetzten Tage vor Tagesanbruch zusammengekommen seien und Christus als einem Gott zu Ehren miteinander ein Lied gesungen hätten. Und sie hätten sich durch einen Eidspruch verpflichtet nicht etwa zu einem Verbrechen, sondern dazu, keinen Diebstahl, keinen Raub, keinen Ehebruch sich zuschulden kommen zu lassen, das gegebene Wort nicht zu brechen, kein hinterlegtes Gut auf Verlangen abzuleugnen“ (Plin. Epist. X 96).

Diese Aussage stimmt dem Sinne nach völlig überein mit der Weisung des Apostels Paulus, die Plinius sicher nicht kannte:

„Bleibt niemand etwas schuldig, außer daß ihr einander liebet; denn wer den Nächsten liebt, hat das Gesetz erfüllt. Denn die Gebote: Du sollst nicht ehebrechen, du sollst nicht töten; du sollst nicht stehlen; du sollst nicht begehren, und jedes andere Gebot ist enthalten in dieser Vorschrift: deinen Nächsten sollst du lieben wie dich selbst. Die Liebe tut dem Nächsten nichts Böses an“ (Röm. 13, 8—10).

Die gleichen Grundsätze vertritt der Begründer der lateinischen Theologie Tertullian (160—220) in seiner Verteidigungsschrift (Apologeticum, aus dem Jahre 197). Er schreibt:

„Keine gute Tat vollbringen wir unter Ausschluß bestimmter Personen, weil wir das Gute uns selbst erweisen; wir erheischen ja nicht von einem Menschen Lohn oder Anerkennung als Entgelt, sondern von Gott, der eine Güte verlangt und belohnt, die keine Unterschiede kennt. Dieselben sind wir zu den Kaisern wie zu unseren Nachbarn. Denn irgend jemandem übel zu wollen, übel zu tun, oder von irgend jemandem

übel zu reden, übel zu denken ist uns gleichermaßen verboten. Alles, was gegen den Kaiser nicht erlaubt ist, das ist es auch gegen keinen anderen“ (36, 2-4).

Und Tertullian versichert, daß die Christen sich im Gewissen verpflichtet fühlen, für den Kaiser — den heidnischen Kaiser, der die Christen verfolgt — zu beten:

„Wir erleben ständig für alle Kaiser ein langes Leben ihnen selbst, ein ungefährdetes Reich, ein sicheres Haus, tapfere Heere, einen getreuen Senat, ein zuverlässiges Volk, eine ruhige Welt“ (30, 4).

Die Gläubigen der altchristlichen Kirche haben sich, getreu der Weisung Jesu Christi und der Lehre der Apostel, durch die Tatsache, daß die römischen Kaiser sich nicht zum Christentum bekannten, in keiner Weise hindern lassen, „dem Cäsar zurückzugeben, was des Cäsars ist“. Selbst die Verfolgungen haben sie in ihrer Loyalität gegenüber dem heidnischen Staate nicht irremachen können.

Sollen wir diesen Erinnerungen an die Glaubenstreue der Christen des Altertums Beispiele aus neuerer Zeit hinzufügen? Ein einziges mag genügen: Als in Frankreich 1871 die Monarchie abermals durch die Republik abgelöst worden war, glaubten viele kirchentreue Franzosen, dieser Republik ihre Mitarbeit versagen zu müssen. Papst Leo XIII. sah in diesem Verhalten eine schwere Gefahr für die katholische Kirche; er wandte sich am 16. Februar 1892 mit dem Rundschreiben „Au milieu“ an die Katholiken Frankreichs. In diesem Rundschreiben betont der Papst die Notwendigkeit, auch unter einer durch Revolution begründeten Regierung mitzuarbeiten:

„Denn . . . diese neuen Regierungen sind unbedingt erforderlich für die öffentliche Ordnung, da jede öffentliche Ordnung ohne eine Regierung einfach unmöglich ist. . . Mit anderen Worten: die staatliche Gewalt als solche ist unter jeder Voraussetzung und in jedem Falle von Gott, denn es gibt keine Gewalt als von Gott (Röm. 13, 1). Sobald darum diese neuen Regierungen, welche diese unwandelbare Gewalt verkörpern, konstituiert sind, ist ihre Annahme nicht nur erlaubt, sondern geboten, geboten nämlich durch die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Wohls, das sie geschaffen hat, und erhält.“

Vergleichen wir mit dieser Tradition der katholischen Kirche die Art, wie heute in Westdeutschland in Rundfunk und Presse, leider manchmal auch von katholischen Theologen, über die Staaten des sozialistischen Lagers, insbesondere über die Deutsche Demokratische Republik gesprochen wird, so kann man nur mit Bedauern feststellen, daß diese Kritiker vieles vergessen haben, was vormalig unter katholischen Chri-

sten selbstverständlich war. „Irgend jemandem übel zu wollen, übel zu tun, oder von irgend jemandem übel zu reden, übel zu denken ist uns gleichermaßen verboten“, schrieb Tertullian. Heute scheinen manche Theologen im Westen zu meinen, daß über die sozialistischen Staaten übel zu reden und übel zu denken Christenpflicht sei. Und sie versuchen, die katholischen Christen hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten in der DDR irrezumachen. So hielt Prof. Dr. Paul Mikat, Würzburg, im Februar 1962 vor dem Katholischen Bildungswerk in Westberlin einen Vortrag über „Kirche und Staat im Urteil der Schrift“. In diesem Vortrag sagte Professor Mikat nach dem Bericht des Westberliner „Tagesspiegels“:

„In der geheimen Offenbarung ist das Tier der Staat, der für sich fordert, was Gottes ist: der totalitäre Staat, der sich als eschatologisches Endziel setzt. Jede Form der Kollektivierung, der Anspruch auf den ganzen Menschen ist verfehlt, ist des Satans.“

Dieser Versuch, mit Hilfe der Geheimen Offenbarung des Johannes eine neue Praxis des Verhaltens der Katholiken gegenüber dem Staat zu konstruieren, eine Praxis, die von der Tradition der Kirche abweicht, ist charakteristisch für die Art, wie auch einige Theologen versuchen, im Dienste der NATO-Propaganda Verwirrung unter den christlichen Staatsbürgern in der DDR zu stiften. Die Geheime Offenbarung ist bekanntlich der schwierigste Text des Neuen Testaments; hinsichtlich der Deutung vieler dunkler Stellen dieses Textes gibt es unter den Theologen selbst Meinungsverschiedenheiten. Denen aber, die die Gehirne vernebeln wollen, erscheinen gerade diese dunklen Stellen als besonders brauchbar.

Die katholischen Staatsbürger in der DDR halten sich an die Lehre Christi, der Apostel und der Kirchenväter, an die Mahnungen der großen Päpste wie z. B. Leos XIII. Die Tatsache, daß viele der leitenden Männer der DDR sich nicht zum Christentum bekennen, kann die Katholiken nicht hindern, loyal in diesem Staate mitzuarbeiten. Hinzu kommt, daß jene leitenden Männer die Glaubensüberzeugung ihrer christlichen Mitbürger durchaus achten. Der Vorsitzende des Staatesrates der DDR, Walter Ulbricht, sagte bei dem Gespräch vom 9. Februar 1961:

„Unsere philosophischen Meinungsverschiedenheiten, die wir gar nicht verkleinern wollen, können doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die humanistischen und sozialen Ziele des ursprünglichen Christentums und die humanistischen und sozialen Ziele des Sozialismus so weitgehend übereinstimmen, daß sich ein Zusammengehen geradezu aufdrängt.“

Dieser Erkenntnis können sich auch die katholischen Christen in der DDR ihrerseits nicht verschließen. Die Pflicht zum Zusammengehen ist um so zwingender, als beide, Atheisten wie Christen, von der Gefahr einer neuen Katastrophe durch die Machenschaften der Militaristen in gleicher Weise bedroht werden. Nur durch das Bündnis aller Menschen guten Willens kann die Wiederholung eines so furchtbaren Unglücks, wie es der Faschismus über unser Volk gebracht hat, verhindert werden.

Dr. Gerhard Desczyk

Kirche und Staat heute

*So spricht der Herr, der durch Meere einen Weg gebahnt,
einen Pfad durch mächtige Fluten:
Denkt nicht nur daran, was früher geschah!
Beachtet nicht bloß das Vergangene!
Seht, Neues will ich vollbringen!
Schon wird es sichtbar. Erkennt Ihr es nicht?*

Isaias 43. Kapitel

Hochwürden!

Ich möchte meinen, daß Sie aus dem ersten Brief entnehmen konnten, wie ernst es den Mitarbeitern der „begegnung“ mit ihrem katholischen Glauben, wie ernst es ihnen aber auch mit der Erfüllung der ihnen als Katholiken im Staat gestellten Aufgabe ist. In diesem ersten Brief ist bereits auf das von vielen Glaubensbrüdern noch nicht bewältigte Problem „Katholik und Obrigkeit“ oder, wenn man so will, „Kirche und Staat“ — und hier also sozialistischer Staat — hingewiesen worden. Da unsere Zeitschrift zu einem guten Verhältnis zwischen unserer Kirche und unserem Staat beitragen möchte — die Besserung dieses Verhältnisses ist nach Ihrem Brief an den Herausgeber auch ihr Anliegen —, möchte ich mir heute einige Bemerkungen zu diesem Fragenkomplex erlauben, die sich u. a. auch auf Ihre Worte beziehen:

„Nun muß man sich wundern, daß in einer Zeitschrift, in der Alfons Malik der Kirche den Vorwurf macht, daß die Grenzen zwischen kirchlichem und staatlichem Bereich sich gefährlich verwischen (damit waren u. a. die Verhältnisse in Westdeutschland gemeint, A. M.), so unbekümmert die Grenzen zwischen staatlichem und weltanschaulichem Bereich verwischt und Staat und sozialistische Ordnung gleichgesetzt werden.“

Die nachfolgenden Bemerkungen müssen wie alles menschliche Tun Stückwerk bleiben, zumal für die gründliche Abhandlung dieser Thematik im Rahmen einer Zeitschrift nicht

der Raum zur Verfügung stehen kann. Dr. Gerhard Desczyk hat im letzten Heft der „begegnung“ schon sehr bemerkenswerte Ausführungen zum Thema „Der Katholik als Staatsbürger“ gemacht. Lassen Sie mich dem noch einige Gedanken anfügen.

Ich denke, sehr geehrter Herr Pfarrer, daß wir uns einig sind in dem, was wir Katholiken unter „Kirche“ verstehen. Die Kirche ist der mystische Leib Christi, der fortlebende Christus, „das Organ, durch das Christus in der Welt fortwirkt“⁷⁾. Wie Christus wahrer Gott und wahrer Mensch ist, so ist auch die Kirche als der fortlebende Christus ein Doppelwesen, eine göttlich-menschliche Größe. Göttlich ist sie in ihrem Ursprung und Ziel, göttlich sind die ihr von Gott gegebenen und anvertrauten Glaubenswahrheiten, göttlich sind ihre Gnadenmittel, die uns das übernatürliche Leben schenken. Die Kirche ist zugleich aber auch eine menschliche Gesellschaft. „Sie ist Gesellschaft, organisierte Gemeinschaft der Gläubigen in Christus, Summe der Mittel, die uns der Herr gegeben hat, um die Menschen zur Vereinigung mit ihm zu führen“⁸⁾. Daß die Kirche auch menschliche Gesellschaft ist, wird von den Marxisten ebenso gesehen⁹⁾.

Wie Christus Mensch geworden ist aus der Jungfrau Maria und dadurch in die Geschichte eingetreten ist, so ist die Kirche als irdische, in Menschen verkörperte Institution kein übergeschichtliches Faktum, sondern raumgebunden und zeitverhaftet und damit eine historische Realität, die ihren eigenen Wert besitzt. Die Kirche steht in dieser Welt und ist doch nicht von dieser Welt. Beide Momente faßt der hl. Johannes in seiner Vision auf Patmos zusammen: Die Kirche ist „das Zelt Gottes unter den Menschen“ (Offenbarung 21, 3).

Kirche und Staat stellen in ihrem Verhältnis zueinander eine historische Konstellation dar, die seit dem Eintritt des Christentums in den antiken Geschichtsraum bis zur Gegenwart vielfache Wandlungen erfahren hat. Nicht nur haben sich die beiden Bereiche in sich und in ihrer gegenseitigen

⁷⁾ R. Guardini: Vom Sinn der Kirche, Mainz 1922, S. 1

⁸⁾ L. M. de Bazelaire: Auch die Laien sind Kirche, Aschaffenburg 1959, S. 25

⁹⁾ Krüger: Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in Deutschland, Berlin 1958, S. 1: „Es kann nicht bezweifelt werden, daß Staat wie Kirchen (Religionsgemeinschaften) Zusammenschlüsse von Menschen, Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, soziale Phänomene sind.“

Bedingtheit und Beurteilung verändert, sondern sie haben zugleich teilgehabt an den epochalen Phasen der europäischen Gesamtgeschichte. Die Christen erschienen im römischen Staat als eine jüdische Sekte, und sie gerieten zu ihm in Widerspruch, weil sie den Kaiserkult verweigerten. Dr. Desczyk hat bereits auf den Tatbestand hingewiesen, daß die Gläubigen der altchristlichen Kirche in einem Staat lebten, dessen Staatsführung alles andere als christlich war, und trotzdem waren sie nach Römer 13 gerufen, der Obrigkeit untertan zu sein.

Erich Przywara S. J. bemerkt zu dieser Stelle des Römerbriefes:

„Der Hintergrund ist nicht ein christlicher Staat, ist nicht einmal eine gerecht-heidnische Regierung, sondern der Staat der römischen Tyrannen und Christenverfolger Tiberius, Caligula, Nero. Trotzdem fordert der Apostel von seinen Christen nicht nur eine volle Unterordnung unter diesen heidnischen Tyrannenstaat, sondern dies als eigentliches Zeichen von Unterordnung unter Gott, — so daß Christlichkeit steht und fällt mit solcher Unterordnung, denn die Stelle lautet: ‚Jegliches Leben sei den Gewalten, die übergeordnet sind, untergeordnet. Nicht doch gibt es eine Gewalt, wenn nicht von Gott: die bestehenden aber sind von Gott angeordnet, so daß, wer sich entgegenordnet der Gewalt, entgegensteht der Ordnung Gottes, die sich aber entgegenstellen, holen sich selber Urteil und Verurteilung.‘“¹⁰⁾

Da diese Weisung des Apostels Paulus für die Christen in einem Staat galt, der sie blutig verfolgte, um wieviel mehr muß sie für uns gegenüber einem Staat gelten, der verfassungsmäßig jedem Bürger die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt und die ungestörte Religionsausübung schützt (Art. 41 ff. der Verfassung der DDR).

Ich meine, sehr geehrter Herr Pfarrer, daß, wenn das kommende Konzil seine wichtige Aufgabe erfüllen soll, es auch unbedingt Klarheit schaffen muß über die grundsätzliche Haltung der Kirche und ihre entsprechende Praxis gegenüber dem modernen Staat. Die Stunde drängt, die meisten religiös mehr als unfruchtbaren Beziehungen zwischen Kirche und Staat neu zu ordnen. Das kann allerdings nicht nach der Bulle „Unam sanctum“ von Papst Bonifaz VIII. (1302) geschehen, in der es heißt:

¹⁰⁾ E. Przywara, In und Gegen, Stellungnahmen zur Zeit, Nürnberg 1955, S. 435

„Zwei Schwerter sind also in der Gewalt der Kirche, das geistliche und das weltliche. Das eine ist für die Kirche zu führen, das andere von der Kirche. Das eine Schwert muß dabei dem anderen — die zeitliche Autorität der geistlichen — unterworfen werden.“

Diese Zeiten sind vorbei.

Gelegentlich wird in nichtkatholischen Kreisen heute der Verdacht geäußert, daß sich die Kirche zwar an die Notwendigkeiten des Heute anpasse, im Grunde aber einer ähnlichen Auffassung huldige wie Bonifaz VIII. Jesuitenpater Erich Przywara schreibt:

„Es ist das Verdienst Leos XIII., in seinen Enzykliken alle Reste einer mittelalterlichen Kirchenobergewalt in staatlichen und politischen Fragen beseitigt zu haben. In seiner Enzyklika vom 1. November 1885 lehrt er entsprechend der klaren Scheidung zwischen natürlicher Ordnung und Ordnung des Glaubens die ebenso scharfe Scheidung zwischen Kirche und weltlicher Gewalt (‘duae potestates’), von denen die Kirche es allein mit ‚göttlichen Dingen‘ zu tun hat und die weltliche allein mit ‚menschlichen Dingen‘. Ja gerade hier geht Leo XIII. soweit, die ausdrückliche souveräne Totalität in bezug auf alle menschlichen Dinge der weltlichen Gewalt zuzuschreiben. Denn er sagt, daß jede Gewalt in ihrer Art die höchste ist (‘utraque in suo genere maxima’), daß jede wie ein in sich geschlossener Kreis ist, darin sie eigenen Rechts waltet (‘velut orbis, in quo sua cuiusque actio iure proprio versetur’, Denz. 1866).“

Und seine Enzyklika vom 10. Juni 1890 hebt schließlich auch noch jedes Gehorsamsverhältnis zwischen Kirche und Staat auf: „Jede hat ihre souveräne Gewalt, keine gehorcht der anderen“ (Denz. 1866).

Entsprechend dazu hat nach der Enzyklika vom 29. Juni 1881 jedes Volk die ungeminderte Freiheit, „jene Staatsform sich anzunehmen, die entweder seinem Ingenium oder seinen Sitten mehr zukommt“ (Denz. 1855). Pius XII. sagte am 7. September 1955 zur alten „Zwei-Schwerter-Theorie“:

„Diese mittelalterliche Auffassung war zeitbedingt. Wer ihre Quellen kennt, wird wahrscheinlich zugeben, daß es wohl noch viel erstaunlicher wäre, wenn sie nicht zutage getreten wäre.“

Und er fügt hinzu, daß die seit Leo XIII. klar und unumstößlich vertretene Lehre, wonach der Staat in seinem Bereich ebenso souverän ist wie die Kirche in dem ihrigen, „mehr oder weniger deutlich die von der Kirche während des gesamten ersten Jahrtausends und der letzten vier Jahrhun-

derte herrschende Auffassung zum Ausdruck bringt. Selbst in der Zwischenzeit gab es Vertreter der Kirchenlehre, vielleicht sogar eine Mehrheit, die diese Auffassung teilten.“

Es ist Ihnen, Hochwürden, bekannt, daß nach der Verfassung der DDR die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche Verfassungsprinzip ist. Das bedeutet aber nicht, daß jede Beziehung zwischen Staat und Kirche von der Verfassung abgeschnitten wurde. Krüger meint dazu (a. a. O.):

„Entscheidend ist der Charakter der Beziehungen. Solche Beziehungen, die die politische Aktion des Volkes nicht hemmen, sind nicht unzulässig. Die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche unter der Arbeiter-und-Bauer-Macht bedeutet weder ‚Gleichschaltung‘ der Kirchen noch Kirchenkampf. Die Kirchen in das System der Massenorganisationen zur Führung des Volkes durch die Arbeiterklasse einordnen zu wollen, ist ein ganz und gar abwegiger Gedanke. Es gehört andererseits zu den Grundlehren des Marxismus-Leninismus, jede administrative Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den die Gesetze achtenden Kirchen abzulehnen. Der sozialistische Staat greift nicht in das innerkirchliche Leben ein. Er schützt es nach den Normen der Verfassung und des Strafgesetzbuches. Der Staat schützt auch das kirchliche Eigentum. Es sei angemerkt, daß die Bodenreform kirchliches Eigentum nicht mit ergriff. Den Kirchen wurde außerdem das ihnen vom faschistischen Hitler-Staat geraubte Eigentum zurückerstattet (Befehl Nr. 82/1948 der SMAD vom 29. April 1948).“

Aus Ihrem Brief muß ich entnehmen, daß Sie, sehr geehrter Herr Pfarrer, der Ansicht sind, unsere Erklärung — unser Bekenntnis zum Sozialismus schließe nicht das Bekenntnis zum Atheismus ein — sei vielleicht doch nicht ganz aufrichtig gemeint, weil, wie Sie schrieben, dies nur in einem Nebensatz beteuert würde. Ich muß Ihnen dazu sagen, Herr Pfarrer, daß es meinen Freunden und mir sehr ernst gerade mit dieser Erklärung ist und immer sein wird und daß wir unser katholisches Gewissen nicht mit zwielfichtigen Erklärungen belasten werden, sondern uns bemühen, nach dem Worte der Hl. Schrift: „Deine Rede sei ja...“ zu handeln. Ihre Frage bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Atheismus und Sozialismus. Natürlich ist uns bekannt, daß bei manchen Christen in unserer Republik, viel mehr aber noch bei unseren Glaubensbrüdern im Westen beide Begriffe gleichgesetzt werden. Es wird behauptet, Sozialismus schließe zwangsläufig das atheistische Bekenntnis ein, und demzufolge könnten Christen die sozialistische Ordnung nicht gutheißen. Auch Sie, Herr Pfarrer, sind offenbar dieser Meinung, da Sie schreiben:

„Es gibt nur einen Sozialismus, und dieser eine Sozialismus ist ein Ganzes, er ist eins mit seiner weltanschaulichen Grundlage, dem historischen Materialismus und kämpferischen Atheismus.“

Daß die Behauptung, Sozialismus sei gleich Atheismus, irrig ist, zeigt sich schon, wenn man diese Gleichung umkehrt: Atheismus ist gleich Sozialismus. Sie werden zugeben, daß diese Gleichung angesichts der verschiedenen bürgerlichen Spielarten des Atheismus nicht aufgeht. Diejenigen Bürger, die sich ganz zur marxistischen Lehre bekennen und den dialektischen und historischen Materialismus als ihre Weltanschauung vertreten, schließen in ihr Streben nach Sozialismus selbstverständlich den Atheismus ein. Das bedeutet aber nicht, daß auch der Christ, der im Sozialismus die gerechteste Ordnung des irdischen Zusammenlebens sieht, diesen weltanschaulichen Schritt tun müßte. Das eben hebt uns von den Marxisten ab.

In welchem Verhältnis steht nun tatsächlich der Atheismus zum Sozialismus? Es dürfte auch Ihnen, Herr Pfarrer, nicht unbekannt sein, daß der Begriff Sozialismus zwei Dinge bezeichnet, zwischen denen zweifellos eine Beziehung besteht, aber die man nicht gleichsetzen kann. Das eine ist die Gesellschaftsordnung, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, d. h. an Fabriken, am Boden usw., beruht und die eine Ausbeutung des Menschen durch eine kleine Gruppe von Menschen ausschließt; das Ergebnis der Produktion kommt allen gleichermaßen zugute. Das, so meine ich, ist eine durchaus gerechte Ordnung, die der Christ nicht nur gutheißen kann, sondern sogar überall anstreben sollte. Mit dem Begriff Sozialismus wird auf der anderen Seite aber auch die Wissenschaft bezeichnet, mit deren Hilfe diese Ordnung aufgebaut wird. Diese Wissenschaft bezieht sich sowohl auf Erkenntnisse der Naturwissenschaften wie auch der Gesellschaftswissenschaften; auf beiden Gebieten können wir Christen viele Erkenntnisse der Marxisten unterschreiben, weil sie sich oft — wenn auch mit anderen Worten — mit der christlichen Lehre decken oder ihr zumindest nicht widersprechen. Die Grenze allerdings muß dort gezogen werden, wo der Marxist atheistische Schlußfolgerungen aus diesen Erkenntnissen zieht. Hier trennen sich die Wege, hier gibt es keinen Kompromiß. Dialektischer Materialismus und christliche Offenbarung lassen sich nicht miteinander vereinbaren.

Aus dieser Sachlage, die hier nur kurz skizziert werden konnte, ergibt sich, daß Atheismus und Sozialismus eben nicht dasselbe sind und daß wir Katholiken durchaus den Sozialismus bejahen können, ohne auch nur eine einzige Glaubenswahrheit aufgeben zu müssen. Das bedeutet aber auch, daß der unüberbrückbare weltanschauliche Gegensatz zwischen Atheismus und christlicher Religion nicht zu einem politischen Kampf zwischen Marxisten und Christen führen muß; der weltanschauliche Kampf wird dagegen auf beiden Seiten geführt, weil eine ideologische Koexistenz unmöglich ist.

Gewiß müssen wir den Marxschen Atheismus ernst nehmen, weil

„er eine beachtliche, keineswegs nur primitive wissenschaftliche Leistung darstellt, die ausdrücklich leidenschaftlich und entschieden atheistisch und antitheistisch ist und einen Siegeslauf ohnegleichen durch die Welt genommen hat“.

Dies schrieb der bekannte katholische Theologe Marcel Reding¹¹⁾. Das Anwachsen des Atheismus zwingt uns, eine Frage an uns selbst zu stellen, die sehr bedrückende Frage nämlich, warum denn das Zeugnis der Christen in der Welt der Gegenwart so überaus matt und wirkungslos, warum von dem Feuer, das mit Christus in die Welt gekommen ist, heute so wenig zu spüren ist. Die große Zahl der Atheisten in aller Welt ist doch allein schon durch ihr Vorhandensein eine Anklage gegen die Christenheit.

Wir sind, sehr geehrter Herr Pfarrer, überzeugt von dem tiefen humanistischen Gehalt des Sozialismus. Und wir sind als Katholiken gefragt, ob wir das Angebot zum gemeinsamen Handeln für das Wohl der Menschen annehmen sollen oder ob wir es etwa unter Hinweis auf den Atheismus ausschlagen müssen. Und weil wir der Ansicht sind, daß jeder Staat die Aufgabe hat, die Schöpfungsordnung Gottes in der Welt zu schützen, ist er lebensnotwendig und wird von uns bejaht. Unsere Kirche als weltliche Institution hat im übrigen noch nie Bedenken gehabt, vertragliche Bindungen auch mit einer nichtkatholischen oder heidnischen Regierung zu schließen.

Bei der Reaktion vieler Glaubensbrüder auf das Anwachsen des Atheismus, das wie ein dunkles, unbegreifliches Schicksal unheimlich über sie zu kommen scheint, muß ich

¹¹⁾ Reding, Der Sinn des Marxschen Atheismus, München, Salzburg, Köln 1957, S. 9

immer an die Worte unseres Herrn denken: „Warum seid ihr so furchtsam, ihr Kleingläubigen?“ (Matth. 8, 26). Wir müssen die Infragestellung unseres Glaubens durch den Atheismus theologisch bewältigen. Wir müssen erkennen, daß der Atheismus die Folge des schuldhaften Versagens der Christenheit in der Geschichte, daß er aber auch Ausdruck der Säkularisierung unseres Lebens ist. Es ist doch erschreckend, daß es gerade die „christlichen Länder“ sind, die sich heute am hemmungslosesten dem Kult des Lebensstandards hingeben. Die Kirchengeschichte beweist, daß Epochen einer besonders starken Verweltlichung der Kirche, ihrer Anpassung an die herrschende politische Macht regelmäßig einen Aufschwung praktischen und theoretischen Atheismus zur Folge hatten. Wenn wir das sehen, dann bleibt auf die Frage nach dem Anwachsen des Atheismus in unserer Zeit nur die Antwort: Das Versagen der Christenheit in der Gegenwart.

Die Interessen und Aufgaben von Kirche und Staat sind im Westen heute meistens vermischt und vermengt: profane Welt, die sich Rechte und Befugnisse über das Reich Gottes anmaßt, Kirche, die den Staat in ihren Dienst zu nehmen sucht. Hier liegen verkannte tiefere Ursachen für die schwierige Lage unserer Kirche. Was nicht zusammengehört, ist zu trennen. Staat und Kirche gehören so nicht zusammen. Deshalb muß man die Verquickung der Kirche mit der politischen Macht als großes Ärgernis vor Gott und den Menschen beseitigen. Hier gilt, so meine ich, das Wort Reinhold Schneiders:

„Die politische Macht wird die Kirche Jesu Christi niemals schützen, ohne sie zu mißbrauchen. Die Kirche wird den Staat nie anerkennen, ohne die Botschaft abzuschwächen. Der Staatsmann, auch der gläubige, wird nie den HERRN in ihr ansprechen, sondern die Macht.“

In dem Buch „Kritik an der Kirche“, Beiträge einer Sendereihe des Süddeutschen Rundfunks (Stuttgart, 1958, S. 259), schreibt Hans Jürgen Schulz:

„Wir können nicht umhin zuzugeben, daß angesichts drohender Weltkonflikte auch die Christen in ihrer Mehrzahl keine bessere Lösung als die der stärkeren Bataillone wissen, und es spricht nicht eben für die Stärke ihres Glaubens, daß sie weithin von einer so panischen Angst vor dem Weltkommunismus als militärischer Macht getrieben sind, daß die Angst vor der atomaren Zerstörung der ganzen Erde im Vergleich damit ihr Gewicht verliert. Wenn Karl Marx vor gut hundert Jahren mit so nachdrücklichen Folgen zur Veränderung der Welt aufgerufen hat, so dürfen wir uns zu

Recht erinnern, daß wir vor fast 2000 Jahren dazu aufgefordert worden sind, die Verwandlung der Welt zu ihrem Heil durch Verwandlung unserer selbst herbeiführen zu helfen.“

Der Franzose Debray bemerkt in seinem auch in der DDR verlegten Buch „Ein Katholik erlebt die Sowjetunion“ (S. 26):

„Solange die Kirche eine lebendige Wirklichkeit im Herzen der Angehörigen des kommunistischen Staates ist, übernimmt sie der Staat wie alle anderen Wirklichkeiten. Der marxistische Staat hat schließlich keine andere Forderung an die Gläubigen als diejenige, die Montalambert den Katholiken seiner Zeit ins Gedächtnis rief: Seid eine Tatsache!“

Wir sind als Katholiken gerufen, auch im sozialistischen Staat unser Bekenntnis furchtlos in der Öffentlichkeit zu vertreten. Aber nicht nur zu reden, sondern zu handeln, und nicht nur unsere eigene Gemeinschaft zu pflegen, sondern unsere Arbeit dem Wohl des Volkes hinzugeben und an der Gestaltung des Staates mit der vollen Liebe teilzunehmen, mit der wir Gott gehorchen.

Ihr sehr ergebener

Alfons Malik

Der Katholik im sozialistischen Staat

Hochwürdiger Herr Pfarrer!

Hätten Sie Ihren Brief nicht geschrieben, dann müßte er einfach noch geschrieben werden, damit das Schwelende aufgedeckt und ausgeräumt werden kann. Die Bedeutung Ihres Schreibens liegt darin, daß Sie Probleme aussprechen, die zweifellos viele Katholiken bewegen, und den Empfänger zur Auseinandersetzung herausfordern. Nehmen Sie, bitte, die Erklärung entgegen, daß es mir mit diesen Zeilen darauf ankommt, Sie zu überzeugen, daß wir **ernsthaft** mit den Problemen beschäftigen und auf dieser Grundlage einen fruchtbringenden Gedankenaustausch führen wollen.

Was an der Kirche Liebenswertes bleibt, fragen Sie. Und Sie stellen diese Frage ganz betont im Zusammenhang mit der Forderung, die von den breitesten Kreisen der Katholiken erhoben wird: den Talmiglanz an der Kirche zu beseitigen, damit das Echte um so schöner und konturenreicher hervortrete. Aus Ihrer Frage kann herausgelesen werden, daß nach der Brandmarkung der unheilvollen Verquickung von Kirche und Staat in Westdeutschland, besonders von Kirche und Militarismus — bis zur Atombombenrechtfertigung —, nichts Liebenswertes mehr an der Kirche sei. In Wahrheit aber

bleibt das Liebenswertes: die dogmatische Klarheit, das tägliche Opfer, die Sakramente, die echte Marienehrung bis hin zum Kreuz und dem kleinen Weihwasserbecken in unseren Wohnungen.

Die Gespräche und Auseinandersetzungen zu dem Fragenkomplex „Staat und Kirche“ werden verschiedentlich dadurch beeinträchtigt, daß sie mit nebensächlichen Dingen und Vorurteilen belastet werden, wodurch der Weg zur Orientierung leicht verbaut werden kann. Wir begegnen gelegentlich Gesprächspartnern, die eine verwirrende Fülle von Problemen aufwerfen, anstatt klare Definitionen und Abgrenzungen in den Bereichen von Staat und Kirche zu suchen. Bringen wir unsere Fragen auf eine Grundformel, dann merken wir, wie einfach das Problem ist. Beide, Staat und Kirche, haben es mit dem Menschen zu tun und, soweit es den Gläubigen betrifft, mit demselben Menschen. Auf dieser Ebene begegnen sich Staat und Kirche. Hier muß der *modus vivendi* gefunden werden, müssen Vereinbarungen getroffen werden, die einen Zustand der Klärung und Befriedung auf beiden Seiten herbeiführen. Gewiß sind die Positionen verschieden, von denen her sich diese beiden Kräfte einander nähern. Der Staat ist die Ordnungsmacht mit gesellschaftlichen Funktionen, die Kirche hat ihren Auftrag in der geistig-seelischen Sphäre.

In der kapitalistischen Welt wird die Kirche oft für politische Zwecke mißbraucht und zu dem verhängnisvollen Bündnis von Thron und Altar, von Kreuz und Bajonett genötigt. Ein jeden Katholiken tief bedrückendes Beispiel wurde erbracht, als die sieben katholischen Moraltheologen in Westdeutschland Atomrüstung und nuklearen Krieg zu rechtfertigen wagten. Diese Siebener-Erklärung erschien in vollem Wortlaut im Bulletin der Bonner Regierung, womit die Tatsache bestätigt wurde, daß die Erklärung eine bestellte Arbeit war. Dieses NATO-Machwerk wurde, wie ich aus eigenem Erleben bezeugen kann, unter der religiösen (!) Literatur in katholischen Kirchen Westdeutschlands angeboten.

Der sozialistische Staat bezieht eine völlig andere Position zur Kirche. Ausgehend von dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche, greift er in den religiösen Bereich, in die Verkündigung und Schriftauslegung, in das Bekenntnis und das Walten der Kirche nie und nirgends ein. Er kann darum auch verlangen, daß im Raum der Kirche saubere Loyalität gegen die Ordnungsmacht geübt wird. Der sozialistische Staat verfolgt im Gegensatz zum kapitalistischen Ziele, mit denen

die echten christlichen Anliegen, der Friede und die Mitmenschlichkeit, erfüllt werden.

Wenn wir den Kernfragen auf den Grund gehen, losgelöst von allen Randerscheinungen mit ihren menschlichen, allzu menschlichen Noten, werden Sie, Herr Pfarrer, das nachempfinden, was viele Katholiken bedrückt: Männer der Kirche wollen dort Freiheit der Religion sehen, wo die christliche Lehre nur als Aushängeschild dient, hinter dem sich ein unchristliches Leben abspielt. Ich meine vor allem das öffentliche Leben, das dort zum Beispiel in der Wirtschaft geprägt ist durch größte soziale Ungerechtigkeit oder in der Politik durch Menschenverachtung und Eroberungsabsichten. Die staatliche Macht mißbraucht hier den Glauben. Aber es gibt auch Übergriffe aus dem Raum der Kirche in den säkularen Bereich, wo die Kirche sich Entscheidungen anmaßt, die anderen Gewalten zustehen. Wir sollten immer erschüttert daran denken, daß wahrscheinlich heute noch nicht das kopernikanische System die wissenschaftliche Grundlage der Weltbetrachtung und -forschung wäre, wenn die kirchliche Autorität nicht durch die Autorität der Wissenschaft — und das ist auch eine gottgegebene Autorität! — in ihre Schranken zurückgewiesen worden wäre.

Sie, Herr Pfarrer, sehen eine ernste Gefährdung der Seele darin, daß der Atheismus sich im sozialistischen Staat entfalten und ausdehnen kann. Zuvorderst wird vom Christen eine gerechte Beurteilung des Atheisten gefordert. Der Atheist ist nicht gegen Gott, sondern einfach ohne Gott; ihm ist Gott fremd. Aber trotz seiner Gottferne verachtet er den Christen mit seinem Gottesglauben nicht. So muß der Atheist von uns verstanden werden, und er hat ein Recht darauf, daß wir ihn so sehen, wie sein Selbstverständnis ist. Sie werden geneigt sein, hochwürdiger Herr, auf Entgleisungen, Abweichungen und Verstöße hinzuweisen. Ich will nicht leugnen, was Sie erfahren haben und ich selbst auch. Sehen wir aber nicht zu oft nur den Splitter im Auge des anderen und nicht den Balken im eigenen? Warum bringen wir nicht den Mut auf, die Fehler an uns selbst zu zeigen und zu beseitigen? Wie hoch müßte das Konto sein, wenn wir alle unsere Herzlosigkeiten, jede Selbstgerechtigkeit, jedes abweisende Wort und jede Verleumdung buchen wollten! Was wird nicht alles aus Überheblichkeit gesagt und getan? Verzeihen Sie mir, Herr Pfarrer, wenn ich aus den vielen bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen, die ich mit eigenen Augen gesehen und eigenen Ohren gehört habe, feststelle, daß wir Katholiken verlernt

haben, das mea culpa aus tiefster Erschütterung zu sprechen, wenn es um unseren Mitmenschen geht, auch um den Nichtgläubigen, der wie wir Gottes Geschöpf ist.

Wir haben im Religionsunterricht alle Gottesbeweise gelernt, den historischen, den moralischen, den theologischen und die weiteren. Aber einen haben wir vergessen über Jahrzehnte, über Jahrhunderte hin: den Gottesbeweis unseres Lebens und unserer Tat. Wenn wir ihn immer geübt und praktiziert hätten, müßten die Ziele, die sich unsere Zeit stellt, längst verwirklicht sein. Die Sozialreformer waren einsame Rufer in der Wüste, hervorragende Persönlichkeiten mit reicher Seele; aber die entscheidende Tat, die Veränderung der gesellschaftlichen Grundlage blieb aus.

Das sozialistische Lager wächst und erstarkt. Es hat obendrein viele Verbündete und Freunde. Vermögen wir Katholiken nicht Gottes Willen und Auftrag zu sehen?

Wir Christen sollten dankbar sein, daß der Staatsratsvorsitzende beim Empfang einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961 goldene Worte über das Zusammenleben und Zusammenwirken von Christen und Marxisten sprach. Walter Ulbricht erklärte, er sei immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen — unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen — bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen. Und er nannte die Ziele und Ideale, die uns miteinander verbinden: Frieden, Menschlichkeit und gegenseitige Achtung, Glück und Wohlstand der arbeitenden Menschen, Glück der Familien und glückliche, an Körper und Seele gesunde Kinder. Welcher Katholik könnte diese dargebotene Hand ausschlagen!

Religiös sein darf nicht nur die Angelegenheit einer stillen Stunde der Verinnerlichung bleiben. Der Christ muß aus seiner Glaubensbezeugung auch die gesellschaftlichen Folgerungen ziehen. Sie gebieten ihm, jene zu fliehen, die das Drama eines neuen Totentanzes vorbereiten, und sich an die Seite der konsequentesten Verfechter des Friedens und einer gerechten Ordnung zu stellen. In der Arbeit zum gemeinsamen Wohl, in den Anstrengungen zur Rettung unserer Nation, in jedem Bemühen um gegenseitiges Verstehen und um Annäherung, in jeder Handreichung entfaltet sich die gesunde Atmosphäre, in der unsere Menschengemeinschaft schöner, reicher und tiefer gedeiht.

Gewiß: es gibt keine ideologische Koexistenz. Wir sind keine Synkretisten. Wir wissen um die Unüberbrückbarkeit von Christentum und Marxismus. Aber wir wollen den Brückenschlag von Mensch zu Mensch. Wir wollen auf jener Ebene einander begegnen, auf der unsere gemeinsame Arbeit zum Wohl aller Geschöpfe Gottes beginnen kann.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich aus der aktiven Zentrumsarbeit komme. Die Bezeichnung Funktionär war damals in unserem Kreis nicht üblich. Ich war es aber im heutigen Sinne. Wie hart wurden wir angegriffen, weil wir uns in eine Front mit den Sozialdemokraten und dem Reichsbanner Schwarzrotgold stellten. Angegriffen aus den Reihen der Kirche und der eigenen Partei, wurden wir als „religiös Aufgeweichte“ und Utopisten abgewiesen. Viele kamen zum Zentrum, weil sie katholisch waren, aber sie sahen die Verpflichtung nicht, die ihnen damit im gesellschaftlichen Raum auferlegt war. Es gab auch echte Kämpfer, Priester wie Laien, die zu neuen Ufern gesellschaftlicher Entwicklung strebten. Ich rechne mich zu den Dankbaren, die es noch erleben dürfen, daß sich vieles heute erfüllt von dem, was wir erstrebt haben. Überwunden ist die Verächtlichmachung, die Verleumdung, die zwischen den Menschen und den Parteien stand. Die neue Gemeinschaft wächst, in der sich Menschen menschlich als Geschöpfe Gottes begegnen. Das gemeinsame Ziel verbindet uns, Christen und Marxisten. Wir Katholiken sollen doch nicht in mystische Bereiche fliehen, wenn uns die Gegenwart fordert. Die Vater-Unser-Bitte „Unser tägliches Brot gib uns heute“ führt uns in diese Weltgebundenheit. Diese Bitte aber wird nur durch unser *Mittun* erfüllt. Der Hunger in der Welt fordert den Christen heraus, das in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Menschen zu sättigen. Die Gesellschaftsform des Kapitalismus und (in seiner höchsten Entartung) des Imperialismus hat unmenschlich an den Geschöpfen Gottes gehandelt. Wer die Vertreter dieses in der Welt endgültig zerbrechenden Systems unterstützt, macht sich mitschuldig an dessen Sünden. Kann — nein: darf ein Katholik, der es ernst mit seinem Bekenntnis nimmt, denen die Hand zum Bunde reichen, die in Gewissenlosigkeit darauf sinnen, neue Brände anzulegen und den Bruder Mensch brutal ihren Profitlaunen zu unterwerfen?

Sie wollen, bitte, nicht einwenden, das träfe doch alles auf Westdeutschland nicht zu; eine solche Behauptung hören wir gelegentlich. Sehen wir denn nicht, wie die Bonner Regierung sich immer auf die Seite der Unterdrücker stellt und in

hohem Maße mitschuldig ist an dem Bösen, das die imperialistische Welt durchsetzt? Wer offenen Auges die Entwicklung sieht, der weiß, daß Bonn die Waffenschmiede ist, in der Katholiken wie Adenauer, Strauß und viele andere den Stahl härten, weil sie glauben, sie könnten sich und ihr System nur mit Waffen in der Hand vor dem Ansturm einer neuen Zeit aufrechterhalten.

Für unsere Entscheidung in dieser Zeit gibt es kein Ausweichgleis. Wir würden auf toten Schienen stehenbleiben. Es ist vielmehr unser aller Aufgabe, der Priester wie der Laien, an der sozialistischen Ordnung mitzubauen. Hierzu gehört der Mensch mit dem neuen Antlitz. Das neue Menschenbild ist keineswegs dem christlichen konträr. Vielmehr bringt der Christ starke moralische Kräfte mit, die das neue Antlitz formen helfen. Und ein Zweites ist Aufgabe unserer Zeit. Priester wie Laien müssen heute so handeln und wirken, daß die Kirche auch morgen ihren Auftrag an den Seelen der Menschen erfüllen kann. Wenn die Männer der Kirche sich mit der Vergangenheit verbinden, dann begeben sie sich Schritt um Schritt näher dem Reich der Totenstille und Grabesruhe. Dann müßten die Lebenden an der Kirche zweifeln, die ihren Seelen doch Führerin durch diese Welt sein soll. Wenn sich aber die Kirchenmänner in rechter Besinnung zu den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft bekennen, werden sie die guten Hirten ihrer Herde auch in weiteren Jahrhunderten sein.

Wäre es der Kirche nicht verheißen, daß in ihr der Sieg ist, der die Welt überwindet, ich fürchte, sie würde längst an vielen Unzulänglichkeiten zerborsten sein oder aber in unserem Aufbruch zu einem neuen Menschentum wie eine ausgetrocknete Quelle versiegen. Erfahrungen lehren uns — gestatten Sie mir diese Offenheit, Herr Pfarrer —, daß die „progressiven“ Katholiken, oder wie man sie sonst nennen mag, oftmals in ihren Pfarrgemeinden als Außenseiter oder „Infizierte“ angesehen werden. Selbst bei denen, die aktiv am Gemeindeleben teilnehmen, entsteht oft der Eindruck, als sei es dem Priester unbequem, sich mit ihnen abzugeben. Sie werden häufig übersehen; man ist zufrieden, wenn eine Begegnung vermieden werden kann. Und doch wächst von Stunde zu Stunde die Zahl der gesellschaftlich aktiven Katholiken. Hier bahnt sich eine Bewegung an, die nicht mehr aufzuhalten ist. Die Gewissen sind in Aufruhr. Die Katholiken werden sich in starkem Maße ihrer Verantwortung in der Gesellschaft bewußt und empfinden, wieviel

Gutes und Positives sie zu unserer Entwicklung aus ihrem religiösen Fundus beitragen können. Und sie wären beglückt, wenn der Geistliche auch im öffentlichen Wirken an ihrer Seite stünde.

Gestatten Sie mir, den Brief zu schließen mit dem uns gewiß gemeinsamen Wunsch, daß das Ökumenische Konzil die Entwicklung in der Welt real und gerecht beurteilt. Es möge Priestern und Laien die Wege zu Taten für den Frieden und die Bruderliebe ebnen und die Tore weit aufreißen, damit wir allen Menschen guten Willens die Hand reichen.

Ihr sehr ergebener

Victor Thiel

Sozialismus — was ist das?

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Erlauben Sie, daß ich als Philologe einige Bemerkungen mache zu dem Briefe, den Sie als Theologe an die „begegnung“ gerichtet haben. Die temperamentvolle Art, in der Sie sich mit dem Anliegen dieser Zeitschrift auseinandersetzen, zeigt, daß Sie die Bedeutung dieses Anliegens sehen und mit ihm ringen — wenn Ihre Stellungnahme zunächst auch im wesentlichen negativ ist.

Sie selbst erkennen die Bedeutung der Sprachwissenschaft für die Theologie an, wenn Sie die deutsche Übersetzung „erneuern“ für griechisch „anakephalaioasthai“ als unzulänglich bezeichnen. Mit dieser sorgfältigen Bemühung um das rechte Verständnis eines Wortes ist es aber nicht vereinbar, wenn Sie an anderer Stelle schreiben: „Göttliche Wahrheiten, nur halb gesagt, sind ganze Unwahrheiten! Wenn von der Engelsbotschaft ‚Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden den Menschen Seines Wohlgefallens‘ nur noch stehen bleibt ‚Friede auf Erden‘, dann ist das eben nicht mehr die Botschaft Gottes, sondern ein ausgehöhltes Schlagwort.“

Aber Herr Pfarrer! Was steht denn bei Lukas? „Doxa en hypsistois theo“ — das ist die gleiche Aussage, die wir auch in den Psalmen lesen: „Die Himmel erzählen die Herrlichkeit Gottes“ (Ps. 19, 1). Wer Zweifel hat über den Sinn des Wortes „doxa“, findet es wenige Zeilen vorher im gleichen Lukas-Text noch einmal: „Doxa Kyriu perielampsen autus — die Herrlichkeit des Herrn umstrahlte sie.“ Dementsprechend hat auch Hieronymus übersetzt: „Gloria in altissimis Deo.“ Will man im Deutschen „doxa“ und „gloria“ durch „Ehre“ wiedergeben, so ist doch klar, daß dies nicht jene Ebene ist, die

von Menschen abhängt. Der gestirnte Himmel verkündet Gottes Ehre unabhängig davon, ob Menschen dessen inne werden. Wohl aber kann die Erde einstimmen in das Lob des Schöpfers, wenn auf ihr Friede herrscht, „eirene en anthropois eudokias — Friede in den Menschen des Wohlgefallens, des guten Willens“. Das sind die Menschen, von denen Christus sagt: „Nicht jeder, der zu mir sagt, Herr, Herr! wird in das Himmelreich eingehen, sondern wer den Willen meines Vaters im Himmel tut“ (Mt. 7, 21). Dementsprechend übersetzt auch Hieronymus: „hominibus bonae voluntatis“.

Man mindert das große historische Verdienst der Bibelübersetzung Martin Luthers nicht herab, wenn man feststellt, daß seine Übersetzung von Lukas 2, 14 ungenau ist: „Ehre sei Gott in der Höhe, und Friede auf Erden, und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Die von Ihnen zitierte revidierte Fassung nähert wenigstens den Schlußteil dem Lukas-Text an. Sie läßt aber am Anfang das Wort „sei“ stehen, das Luther bei der Übersetzung eingeblendet hat. Dem Übersetzer mag man eine solche Freiheit zugestehen, aber man kann die Deutung einer Textstelle nicht von einem Wort ableiten, das in der Originalfassung überhaupt nicht vorhanden ist. Es ist auch nicht ganz exakt, diesen Lobgesang der Engel als „Gottesbotschaft“ zu bezeichnen, denn Lukas trennt den Lobgesang der „himmlischen Heerschar“ ausdrücklich von der Weihnachtsbotschaft, die vorher der zuerst erscheinende Engel den Hirten verkündet („euangelizomai hymin charan megalen — ich bringe euch eine frohe Botschaft, eine große Freude“), diese Botschaft lautet: „Geboren ist euch heute der Erlöser!“

„Erschienen ist die Menschenfreundlichkeit Gottes“, erläutert Paulus diese Botschaft. Heißt es nicht die Menschenfreundlichkeit in Menschenfeindlichkeit umdeuten, wenn man unterstellt, Gott wolle den Menschen nur dann Frieden schenken, wenn sie ihm die Ehre geben? Bei Lukas und in der Vulgata steht davon nichts. Im übrigen ist „Friede auf Erden“ heute kein „hohles Schlagwort“, sondern eine sehr solide Sache: der entschlossene Wille von Millionen Christen und Nichtchristen, Sozialisten und Nichtsozialisten, die erkannt haben, daß der Friede die unerläßliche Voraussetzung für den Fortbestand der Menschheit ist.

Nicht minder großzügig gehen Sie mit dem Worte „Sozialismus“ um. Sie bemerken zwar: „Jedenfalls ist bei uns für einen ‚Sozialismus, wie ich ihn verstehe‘, kein Raum!“ Bitte: dann sollten auch Sie das Wort so gebrauchen, wie es in der DDR verstanden wird. Sozialismus ist die erste Periode des

neuen gesellschaftlichen Systems, das nach Überwindung des Kapitalismus heute in vielen Ländern aufgebaut wird, Kommunismus die zweite Periode. Diese erste Periode ist gekennzeichnet durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, durch die rasche und planmäßige Entwicklung dieser Produktionsmittel, durch die Hebung des Lebensstandards aller Werktätigen. „Der Sozialismus“, heißt es in dem neuen Programm der KPdSU, „ist der Weg der Völker zu Freiheit und Glück. Er gewährleistet einen raschen Aufstieg der Wirtschaft und Kultur. Nicht in Jahrhunderten, sondern zu Lebzeiten einer einzigen Generation verwandelt er ein rückständiges Land in eine Industriemacht.“

Die Beweise dafür liegen vor aller Augen. Rußland, unter den Zaren das in der industriellen Entwicklung rückständigste Land Europas, ist heute neben den Vereinigten Staaten die führende Industriemacht. Auf allen Gebieten, insbesondere in der Raumforschung hat die Sowjetunion alle Länder der Erde überholt. Die Deutsche Demokratische Republik steht heute unter den Industrieländern Europas an fünfter Stelle, obwohl weite Gebiete dieser Republik, insbesondere Mecklenburg und Brandenburg, früher als wirtschaftlich unterentwickelt gelten mußten.

Eine Gesellschaftsordnung als christlich oder atheistisch bezeichnen zu wollen ist mit wissenschaftlichem Denken nicht vereinbar. Der Sozialismus, der in der DDR aufgebaut wird, ist so wenig atheistisch, daß Sie, Herr Pfarrer, wie Tausende andere Geistliche großer und kleiner Religionsgemeinschaften in unserer Republik lehren und wirken können. Der Sozialismus hat nicht — wie das voreinst die Antikomintern-Propaganda behauptete — die Kirchen in Pferdeställe verwandelt. Vielmehr sind im Zeichen des Sozialismus zahlreiche Gotteshäuser, die von dem Wüten des (kapitalistischen) Krieges zerstört und beschädigt waren, wieder hergestellt worden, auch neue Gotteshäuser sind entstanden.

Sie tadeln, daß die „begegnung“ nicht ausdrücklich Vorbehalte hinsichtlich der Mitarbeit im Zeichen des Sozialismus anmeldet. Eine solche Methode halten wir nicht für sinnvoll. Der richtige Weg ist es vielmehr, zuerst durch gemeinsame Arbeit eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. In einer solchen Atmosphäre lassen sich auch Schwierigkeiten bereinigen. Schwierigkeiten gibt es natürlich auch im Sozialismus, denn die Änderung der Gesellschaftsordnung hebt die Unvollkommenheit der menschlichen Natur nicht auf.

Wenn davon gesprochen wird, daß im Zeichen des Sozialismus christliche Grundforderungen verwirklicht werden können, für die frühere Gesellschaftsordnungen Hindernisse boten, so kann das kein Vernünftiger bestreiten. Die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eröffnet auch den christlichen Religionsgemeinschaften neue Möglichkeiten des Wirkens. Der Satz „Der Mensch ist des Menschen Freund, Genosse und Bruder“ enthält nichts, was der Lehre Christi widerspricht. Die Gleichberechtigung der Frau im Sozialismus stimmt durchaus überein mit der Stellung, die Christus selbst der Frau zugewiesen hat. Die hohe Achtung vor der Familie, die der Sozialismus — im Gegensatz zu den Zuständen in westlichen Ländern — praktiziert, steht nicht im Widerspruch mit den Forderungen, die insbesondere die katholische Kirche hinsichtlich der Würde der Ehe immer wieder erhoben hat. Die Sorge für die Jugend in den sozialistischen Ländern ist unserer Meinung nach durchaus nach dem Herzen des göttlichen Kinderfreundes — jedenfalls weit mehr als das Kinderelend, das noch heute in zahlreichen Ländern des Westens herrscht. Die Würde der Arbeit wird im Sozialismus in gleicher Weise gewahrt, wie das schon von der altchristlichen Kirche erstrebt wurde. Und die aktive Friedenspolitik des Sozialismus scheint uns dem Worte Christi „Selig die Friedensstifter“ besser zu entsprechen als die Atombomben, die Präsident Truman auf Hiroshima und Nagasaki werfen ließ — obwohl dieser Präsident Truman sich rühmte, die Richtschnur seiner Politik sei die Bergpredigt.

Sie, Herr Pfarrer, setzen Sozialismus einfach mit dem dialektisch-historischen Materialismus gleich. Das ist eine unzulässige Vereinfachung. Die Geschichte des Wortes „Sozialismus“ ist recht interessant: Christliche Denker haben dieses Wort am Beginn des 19. Jahrhunderts geprägt und popularisiert. Zuerst wohl der katholische Theologe Giacomo Giulliani in seiner gegen Rousseaus Lehren gerichteten Schrift „L'antisocialismo confutato“ (1803), weiter 1831 der Schweizer Pastor Alexandre V i n e t, 1833 und 1836 die Franzosen Pierre L e r o u x und Louis R e y b a u d, 1841 der Engländer Robert O w e n, ein mutiger und bewunderungswürdiger Tatchrist. Als Marx und Engels 1848 ihr Manifest verfaßten, bezeichneten sie es als „kommunistisch“, nicht als „sozialistisch“, setzten sich vielmehr im dritten Teil des Manifestes polemisch mit dem auseinander, was man damals unter Sozialismus verstand.

Sozialismus und Kommunismus standen sich damals gegenüber wie These und Antithese. Vier Jahrzehnte später aber, 1888, in der Vorrede zur englischen Ausgabe des Manifestes, konnte Friedrich Engels feststellen, daß die Lage sich inzwischen völlig geändert hatte. Nunmehr waren die Grundsätze des Manifestes von fast allen sozialistischen Gruppen übernommen worden. Die Worte Sozialismus, Marxismus, dialektisch-historischer Materialismus wurden daher nahezu als gleichbedeutend betrachtet und gebraucht. Diesem damals, um 1890, bei Freunden und Gegnern des Sozialismus üblichen Sprachgebrauch folgt auch die päpstliche Enzyklika „Rerum novarum“, die 1891 veröffentlicht wurde. Das ist der Grund, warum dieser inzwischen veraltete Sprachgebrauch gerade in katholischen Kreisen bis heute nachwirkt.

So sinnlos, wie es 1890 gewesen wäre, Sozialismus als einen christlichen Begriff reklamieren zu wollen — was er vor 1848 war —, so sinnlos ist es heute, das Wort „Sozialismus“ in einem Sinne zu gebrauchen, der vor siebenzig Jahren einmal richtig war. Wenn wir heute „Sozialismus“ sagen, so meinen wir nicht den dialektisch-historischen Materialismus, sondern wir meinen die Gesellschaftsordnung, die heute in den Volkdemokratien, auch in unserer DDR herrscht.

Es ist nicht unsere Absicht, die fundamentalen Unterschiede zwischen Materialismus und Christentum zu leugnen oder zu verwischen, die sooft in den Stellungnahmen der Päpste und in den Äußerungen der Klassiker des dialektisch-historischen Materialismus festgestellt worden sind. Aber es scheint uns im Interesse aller Beteiligten zu liegen, den Christen zu zeigen, daß der Sozialismus ihnen eine Chance bietet, eine bessere Chance, als sie unter der kapitalistischen Ordnung gegeben war.

Die Trennungslinie der beiden gesellschaftlichen Systeme läuft heute quer durch Europa. Aber schon ist in Frankreich wie in Italien die kommunistische Partei die stärkste politische Gruppe. In Spanien und Portugal kann der Faschismus nur mit brutaler Gewalt die sozialistische Revolution eine Zeitlang aufhalten. Wer nicht blind ist, sieht, daß der Sieg des Sozialismus in allen diesen Ländern nur eine Frage der Zeit ist. Die bürgerliche Demokratie wird von der sozialistischen Demokratie abgelöst mit der gleichen Gesetzmäßigkeit, die im vorigen Jahrhundert den Sieg der bürgerlichen Demokratie über die Monarchie bewirkt hat.

Die katholische Kirche wird früher oder später die Wirklichkeit eines sozialistischen Europa zur Kenntnis nehmen

müssen. Es liegt im Interesse der Sache, daß alle, die ihre Kirche lieben, diese Probleme schon heute durchdenken. In dieser Liebe zu unserer Kirche wie in der Liebe zu unserem Volk sollten wir uns verbunden wissen — auch wenn wir im Ringen um den rechten Weg, im Widerstreit der Meinungen vorerst zu verschiedenen Auffassungen gelangen.

In der Liebe Christi

Ihr ergebener Dr. Gerhard Desczyk

Schule und Familie im Sozialismus

Hochwürdiger Herr Pfarrer!

Die Reaktion „begegnung“ hat mich als katholische Lehrerin gebeten, den Teil Ihres Briefes an den Herausgeber zu beantworten, der von der — wie Sie es nennen — „atheistischen Unterweisung“ der Kinder, auch der katholischen, in unserem sozialistischen Staat spricht. Ich komme dieser Bitte gern nach und möchte Ihnen, Herr Pfarrer, in aller Offenheit meine Gedanken dazu sagen. Gestatten Sie, bitte, daß ich zunächst Ihre Auffassung wiedergebe, damit eine Grundlage für die Klärung gegeben ist. Sie schreiben:

„Sozialismus ist nicht nur Frieden und Nächstenliebe, sondern auch atheistische Unterweisung von der ersten Schulklasse bis zu den Hochschulen ohne Rücksicht auf die religiöse Einstellung der davon Betroffenen; ist auch sozialistisches Ehe- und Familienrecht; ist auch die Jugendweihe, der sich in vielen Fällen katholische Eltern und Kinder gegen ihr Gewissen nicht zu entziehen wagen wegen der befürchteten oder auch angekündigten Nachteile; ist auch die an manchen Orten bereits angelaufene Ganztagschule, die den christlichen Eltern den letzten Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder nehmen würde.“

Ich darf zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie in Ihrem Brief auch zu Schulfragen Stellung genommen haben, wenn ich Ihre Auffassungen auch nicht teile. Es ist gut, daß wir in der „begegnung“ offen darüber sprechen können.

Unsere Kinder hörten nichts Christliches mehr in der Schule, der Unterricht in der sozialistischen Schule erziehe die Kinder zu Atheisten, sollen unsere Kinder einmal Marxisten werden? Solche Meinungen und Fragen höre ich natürlich auch gelegentlich, und es wäre sicher verkehrt, ihnen auszuweichen oder sie mit billigen Redensarten zu beant-

worten. Woher es kommt, daß sich manche Katholiken noch mit diesem für sie ungelösten Problem beschäftigen, braucht hier nicht ausführlich erläutert zu werden. Die Vorstellung eines sogenannten „christlichen Staates“, wie er in der Vergangenheit existiert habe, ist aus manchen Köpfen noch nicht ausgeräumt, und so gibt es noch die Ansicht, daß es Aufgabe des Staates sei, seine Bürger, auch die kleinsten, zu Christen zu erziehen. Aber die Zeit ist weiterschritten. Seit der Trennung von Thron und Altar ist die Bevölkerung weltanschaulich so vielschichtig geworden, daß die Christen nicht überall und unbedingt weltanschaulich tonangebend im Staat sein können, denn das würde eine geistige Unterdrückung der Andersgläubigen und Ungläubigen bedeuten. Der Staat kann also an sich nicht christlich sein, selbst wenn Christen die führenden Staatsmänner sind. Das bedeutet aber auch andererseits, daß der Staat nicht atheistisch sein kann, selbst wenn die führenden Staatsmänner Atheisten sind. Einfach gesagt: die Weltanschauung ist kein Kennzeichen des Staates.

Was bedeutet diese Erkenntnis für das Schulwesen? Mit der Trennung von Kirche und Staat ist in unserer Republik das gesamte Bildungswesen in die Hand des Staates übergegangen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, eine einheitliche und hohe Bildung zu vermitteln. Unter Berücksichtigung des oben Dargelegten ist es selbstverständlich, daß diese Schule weder eine christliche noch atheistische sein kann, sondern eine sozialistische ist, wie es der gesellschaftlichen Ordnung in diesem Staate entspricht. Unsere Schule hat darum auch nicht die Aufgabe, die Kinder zu Marxisten zu erziehen, wie Sie, Herr Pfarrer, es sehen. Der Erziehungsauftrag wird im Vorwort des Lehrplanwerkes für die zehnklassige Oberschule so formuliert:

„Sozialistische Erziehung heißt: allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, Erziehung zur Solidarität und zum kollektiven Handeln, Erziehung zur Liebe zur Arbeit, Erziehung zur kämpferischen Aktivität, Vermittlung einer hohen theoretischen und musischen Allgemeinbildung, Entfaltung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten.“

Von einer „atheistischen Unterweisung“ kann also keine Rede sein; es geht vielmehr um eine umfassende wissenschaftliche Unterweisung. Und ist es nicht der Wunsch aller Eltern, ihre Kinder mehr lernen zu lassen, als sie früher selbst die Möglichkeit dazu hatten? Wir Christen sollen ja die Hände nicht in den Schoß legen, sondern nach Gottes Auftrag uns die Erde untertan machen. Dazu braucht

man große wissenschaftliche Kenntnisse, die unsere Schule vermittelt.

Nun werden Sie, Hochwürden, vielleicht einwenden, daß gegen die Worte des obigen Erziehungsauftrages nichts zu sagen sei, daß aber der praktische Unterricht atheistisch ausgerichtet sei. Vielleicht verweisen Sie dabei auf den Biologie- oder Geschichtsunterricht, und vielleicht denken Sie dabei z. B. an die Menschwerdung des Menschen (nach unserer Auffassung: die Erschaffung des Menschen) oder an die Darstellung der geschichtlichen Existenz Christi. Es ist hier nicht der Ort, alle Einzelheiten des Unterrichtsstoffes und ihre wissenschaftliche Darstellung zu untersuchen. Aber lassen Sie mich zu den beiden angeführten Beispielen folgendes sagen: Von der Erschaffung des Menschen im wörtlichen biblischen Sinne spricht heute niemand mehr, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die auch von der Kirche anerkannt werden, aussagen, daß der Mensch — biologisch gesehen — das Produkt der Entwicklung des organischen Lebens ist, d. h. aus anderen, niederen Lebewesen hervorgegangen ist. Das bestreiten heute auch die Theologen nicht mehr, weil es die wissenschaftliche Wahrheit ist. Und diese Wahrheit wird in unserer Schule gelehrt. Daß wir Christen in dem — marxistisch ausgedrückt — Qualitätssprung vom niederen Lebewesen zum Menschen einen göttlichen Schöpfungsakt erblicken, ist eine Glaubenserkenntnis, die nicht unbedingt in den Biologieunterricht gehört. Was das Kind in diesem Unterricht an wissenschaftlichen Tatsachen erfährt, wird für den Religionsunterricht die Grundlage sein, auf der die Glaubensaussagen erst verständlich werden. Oder das Beispiel der geschichtlichen Existenz Christi: In den ersten Jahren nach 1945 gab es bei uns Geschichtsbücher, die die Existenz Christi in das Reich der Legende verwiesen. Heute muß auch die marxistische Geschichtsschreibung die historische Existenz des Menschen Jesus Christus anerkennen; anerkannt wird auch die progressive Wirkung seiner Lehre in der damaligen Welt. Daß wir Christen in Jesus Christus mehr als einen Menschen, mehr als einen von vielen Religionsstiftern sehen, daß er für uns der Sohn des lebendigen Gottes und selbst wesenhaft Gott ist, gehört wiederum nicht unbedingt in den Geschichtsunterricht, weil es sich hier um eine Glaubenserkenntnis handelt.

Diese beiden Beispiele, die durch viele andere ergänzt werden könnten, mögen zeigen, daß der Unterricht nicht dann atheistisch ist, wenn Glaubensaussagen von naturwissenschaft-

lichen oder historischen Erkenntnissen getrennt werden. Es bleibt der wissenschaftliche Unterricht. Das schließt freilich nicht aus, daß der christliche Lehrer in angemessener Form die Schüler mit der christlichen Auffassung bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisse bekannt macht.

Gelegentlich hört man weiter den Einwand — und das klingt auch in Ihrem Briefe, Herr Pfarrer, an —, daß Kinder und Lehrer wegen ihres religiösen Bekenntnisses benachteiligt würden. Selbstverständlich leugne ich nicht, daß solche Fälle vorgekommen sind. Aber sie sind ungesetzlich, und die Verantwortlichen wurden zur Rechenschaft gezogen. Es gab zum Beispiel Lehrer, die sich über das religiöse Bekenntnis der Kinder oder Eltern lustig machten; diese Lehrer wurden disziplinarisch bestraft. Nach wie vor gelten die Artikel 41 und 42 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in denen es heißt:

„Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ (Art. 41, Abs. 1)

„Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt. Die Ausübung privater oder staatsbürgerlicher Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.“ (Art. 42, Abs. 1 und 2)

Selbstverständlich ist es etwas anderes, wenn ein christlicher Lehrer oder Schüler wegen staatsfeindlicher Äußerungen oder Handlungen zur Rechenschaft gezogen wird oder wegen bewußter gesellschaftlicher Inaktivität nicht eine über das Gesetzliche hinausgehende gesellschaftliche Förderung erfährt. Das geschieht dann aber nicht wegen seines religiösen Bekenntnisses, auch wenn er sich darauf berufen zu müssen glaubt. Es ist nur zu verständlich, wenn sich die Gesellschaft besonders der Bürger annimmt, die für die Gesellschaft ihre ganze Kraft einsetzen. Die Feinde unserer Ordnung machen daraus allerdings in verleumderischer Absicht eine „Christenverfolgung“. Die Tatsache, daß es in unserer Republik Tausende christlicher Lehrer, darunter sehr viele Katholiken, gibt, denen alle Wege der Fortbildung offenstehen und die nicht die geringste Benachteiligung erfahren, beweist, daß der sozialistische Staat auch den Christen als Lehrer voll anerkennt. Würde die Schule „atheistisch“ sein, dürfte es keine christlichen Lehrer mehr geben. Das gilt nicht nur für die allgemeinbildende Schule, sondern auch für die vorschulische Erziehung, für die Berufsschule und für die Universitäten.

Sie, Herr Pfarrer, beklagen weiter, daß den Eltern der Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder genommen würde. Darin kann ich Ihnen nicht folgen. Unsere sozialistische Schule hat nie die Absicht gehabt — und kann sie ihrem Wesen nach auch nicht haben —, den Einfluß des Elternhauses auf die Erziehung zu schmälern oder gar zu beseitigen. Die Familie ist und bleibt die Keimzelle der Gesellschaft. Jeder Pädagoge weiß, wie wertvoll ein gutes Elternhaus für die Erziehung des Kindes im allgemeinen und für die schulischen Leistungen im besonderen ist. Wenn trotzdem die Kindergärten, Schulhorte und künftig vielleicht auch die Ganztagschulen ausgebaut werden, so geschieht das einzig und allein mit dem Ziel einer noch besseren Bildung und Erziehung. Schließlich ist es auch im Interesse vieler Mütter, die im Berufsleben stehen, Unser Staat kümmert sich um die Kinder berufstätiger Mütter, während in Westdeutschland solche Kinder oft sich selbst überlassen sind und dabei unter ungünstige Einflüsse geraten.

Sie, Herr Pfarrer, beschäftigt besonders das Problem der Ganztagschule. Solche Schulen sind bisher nur zu Versuchszwecken eingerichtet worden; die Erfahrungen wertet die Universität Rostock aus. Hörte man am Anfang oft ablehnende Stimmen zur Ganztagschule, so höre ich heute — auch von christlichen Eltern: Mein Kind ist benachteiligt, wenn es die Ganztagschule nicht besuchen kann. Wie sieht der Tagesablauf in einer solchen Schule aus? Am Vormittag Unterricht, dann gemeinsames Mittagessen, Schlafen oder Spaziergang, Anfertigung der Hausaufgaben unter Aufsicht eines Lehrers, individuelles Spiel der Kinder. Kommen am Nachmittag die Eltern von der Arbeit, dann wissen sie, daß ihr Kind tagsüber in guter Obhut war und es seine schulischen Aufgaben erfüllt hat. Ich hatte Gelegenheit, die Lernergebnisse einer Ganztagsklasse mit den Ergebnissen einer normalen Klasse zu vergleichen. In den Fächern, in denen die Eltern noch helfen konnten (Deutsch, Biologie, Erdkunde), liegen die Leistungsspitzen nicht allzuweit auseinander. Erhebliche Abweichungen zugunsten der Ganztagschule zeigten sich aber in Russisch, Mathematik, Physik und Chemie. Die bisherigen Erfahrungen zeigen also, daß die Ganztagschule sich positiv auf die Bildung auswirkt, und welche katholischen Eltern wollten ihre Kinder davon ausschließen? Selbstverständlich hindert die Ganztagschule die katholischen Kinder nicht an der Teilnahme am Religionsunterricht, der in der Schule oder im Pfarrhaus erteilt wird. Im übrigen darf ich Sie, Herr Pfarrer, daran erinnern, daß die Ganztagschule ja nicht neu ist. Sie ähnelt doch der Unterrichts- und Erzie-

hungsmethode in den Internatsschulen, nur mit dem Unterschied, daß die Kinder am Nachmittag nach Hause gehen und nicht im Internat wohnen.

Wenn Sie, Hochwürden, davon sprechen, daß den Eltern angeblich der Einfluß auf die Erziehung ihrer Kinder genommen werden soll, so muß ich noch die Frage stellen, warum die katholischen Väter und Mütter oft so wenig die Möglichkeit nutzen, im Elternbeirat mitzuarbeiten, zumindest aber regelmäßig an den Elternversammlungen der einzelnen Klassen teilzunehmen. Dort erfahren sie jederzeit, was die Schule plant und welche Probleme die Lehrer bewegt, dort können sie aber auch Einfluß auf die schulische Erziehung nehmen. Schon manche Unstimmigkeit konnte im persönlichen Gespräch der Eltern mit den Lehrern beseitigt werden. Wenn katholische Eltern diese Einflußmöglichkeit nicht nutzen, trifft den Vorwurf, den Sie, Herr Pfarrer, erheben, nicht die Schule.

Ich habe versucht, in wenigen Strichen das wirkliche Bild des Schulwesens in unserer Republik zu zeichnen, und hoffe sehr, daß dieser Brief für Sie und alle Katholiken in unserem Staat zum Nachdenken und zur richtigen Beurteilung der sozialistischen Schule Anlaß gibt. Es müßte natürlich noch manches mehr gesagt werden, aber die Redaktion der „begegnung“ kann mir dafür verständlicherweise nicht das ganze Heft zur Verfügung stellen. Eines lassen Sie mich aber am Schluß noch sagen: Aus eigener Lehrerfahrung weiß ich, daß die Sorge um das Wachsen und Reifen der jungen Menschenkinder, um ihre Heranbildung zu wissenden, gesunden und hilfsbereiten Menschen im Mittelpunkt unserer Schule steht. Und das, so meine ich, ist der Unterstützung aller Katholiken, auch der Priester und Bischöfe, wert.

Ein herzliches „Grüß Gott“

Ihre Ingeburg Czaja

Frieden als göttlicher Auftrag

Hochwürdiger Herr Pfarrer!

Zunächst möchte ich Sie um freundliche Entschuldigung bitten, daß ich als Herausgeber der „begegnung“ Ihnen erst jetzt antworte. Ihr ausführliches Schreiben war an mich gerichtet, und ich darf Ihnen noch jetzt dafür herzlich danken. Sie warfen viele Probleme auf, und das war gut so. Meine

katholischen Freunde, die die ersten fünf Briefe an Sie geschrieben haben, versuchten, sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und offene Fragen zu beantworten. Ich hoffe, Sie haben daraus wenigstens die eine Erkenntnis gewonnen, daß wir uns um Klarheit und Wahrheit im kirchlichen wie politischen Raum bemühen, und Sie werden, so hoffe ich, auch erkannt haben, daß wir keinen Deut von unserem katholischen Glauben abrücken, auch wenn wir in politischen Fragen vielleicht anderer Ansicht sind als Sie.

Wenn ich erst zum Schluß unserer öffentlichen Briefe an Sie, Herr Pfarrer, das Wort nehme, so vor allem deshalb, weil ich zur wichtigsten Frage unserer Zeit Stellung nehmen will, eine Frage, die gerade in der zwischen Brief und Antwort liegenden Zeit so sichtbar an weltweiter Bedeutung zugenommen hat. Es ist die Frage, die mir und ganz bestimmt auch Ihnen sehr am Herzen liegt und von der das künftige Leben der Welt und auch der Kirche wesentlich bestimmt wird: Friede auf Erden.

Gestatten Sie, Herr Pfarrer, mir eine persönliche Bemerkung. Eingangs Ihres Schreibens an mich weisen Sie auf unsere persönliche Bekanntschaft auf politischem Boden in der Zeit der Weimarer Republik hin. Zu der damaligen Zeit stand ich bewußt und aktiv in der Arbeit der Zentrumspartei. Ich freue mich und bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auf diese Weise in mir alte Erinnerungen wachgerufen haben. Ihr Hinweis gab mir Veranlassung, dieses und jenes politische Geschehen nach dem ersten Weltkrieg wieder einmal gedanklich zu überprüfen, zumal aus der rechten Betrachtung und Beurteilung des politischen Geschehens der Vergangenheit wichtige und sehr wertvolle Erfahrungen und Schlüsse gezogen werden müssen, um in Gegenwart und Zukunft immer den richtigen und besten Weg zu finden.

Nun muß ich offen gestehen, daß das Studium der Geschichte der Zentrumspartei mich nicht in jedem Falle freudig stimmt. Bleiben wir bei der Frage des Friedens. In dem Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 30. Juni 1918, erlassen zu einem Zeitpunkt, da der Krieg schon verloren war, ist das Wort Frieden nicht einmal zu finden. Nur der Krieg wird insofern erwähnt, als nach seiner Beendigung gewaltige Aufgaben zum Wiederaufbau des Volkslebens, insbesondere des Wirtschaftslebens, warten. In den sich dem Aufruf anschließenden Richtlinien für die Parteiarbeit werden in dem Abschnitt Außenpolitik Krieg und Frieden mit keinem Wort erwähnt. In einem Sonderabschnitt gibt

es zwar eine Stellungnahme zu den Kriegsfolgen, ohne jedoch die Beendigung des Krieges, die Völkerverständigung oder gar den Frieden als Notwendigkeit für eine bessere Lebensgrundlage des deutschen Volkes auch nur anzudeuten. Wichtiger erschien ein Hinweis auf die Wiederherstellung der nationalen und wirtschaftlichen Machtstellung.

Am 30. Dezember 1918, also acht Wochen nach dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches, erschienen neue „Leitsätze“ des Zentrums in Verbindung mit einem Aufruf, in dem wohl von „furchtbaren Stürmen“, aber nicht von einer friedlichen Zukunft gesprochen wird. Von den „Leitsätzen“, die sich in 33 Abschnitte gliedern, fordert nur einer den baldigen „Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker“. Besondere Überlegungen, wie dieses Ziel anzusteuern ist, sind nicht zu finden, dafür aber wird die „Herstellung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes“ mit der „Christianisierung der Eingeborenen“ gefordert; außerdem die „Ablehnung jeder Entwertung der Kriegsanleihen“. Weder der verlorene Krieg noch die Novemberrevolution 1918 vermittelten im politischen Katholizismus weitergehende Einsichten für den Aufbau eines friedvollen neuen Staates, obwohl sich im Zentrum schon während des Krieges einige Männer tapfer für einen frühzeitigen Kriegsschluß eingesetzt hatten. Lediglich an den katholischen Staatssekretär und späteren Reichsminister Matthias Erzberger und seine Friedensbemühungen 1916/17 möchte ich erinnern. Zum „Dank“ für sein Bemühen durfte er auftragsgemäß am 11. November 1918 im Walde von Compiègne den Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten unterzeichnen. Für sein nationales Einstehen, für sein rastloses Streben im Dienste am Volksganzen erlag er schließlich am 28. August 1921 bei Griesbach im badischen Schwarzwald zwölf Schüssen nationalistischer Verbrecher.

Damals fragte ich mich, ob ein solcher Mord politisch nicht zu verhindern gewesen wäre. Die erste Antwort gab mir Reichskanzler Dr. Joseph Wirth in der Berliner Stadthalle mit seinem zornigen Ruf: „Der Feind steht rechts“, wie auch durch sein Bemühen um eine wahre Völkerverständigung, bewiesen u. a. durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages vom 16. April 1922. Doch fragte ich mich immer wieder: Ist das, was geschieht, genug? Der kleine, oft nicht gern gesehen und gehörte Kreis des Friedensbundes deutscher Katholiken, zu dem ich gehörte, war zu schwach, um sich in der Masse der

deutschen Katholiken durchzusetzen. Wo waren damals die Christen aller Bekenntnisse Deutschlands, die gemeinsam für ein friedliches Mit- oder wenigstens Nebeneinander der Völker Europas, ganz zu schweigen der Völker der Welt, eingetreten wären? Das regierungsmäßige Zusammenspiel christlicher und sozialdemokratischer Politiker kam vom parteipolitischen Eigennutzen nicht weg. Mit der politischen Linken in Verbindung zu stehen wurde abgelehnt. Und was war der Erfolg? Der Bau neuer Panzerkreuzer, der Ausbau der Reichswehr, die Stärkung der Macht der Generäle, die Machtfülle der Monopole, das Elend der Millionen Arbeitslosen! Alles zusammen schuf die Macht des Faschismus und führte zum blutigen Ende am 8. Mai 1945. Das ist möglich gewesen in einem kapitalistischen und imperialistischen Deutschland, das wir in Arglosigkeit, Sorglosigkeit und eigener Schwäche auch als deutsche Katholiken mitgeschaffen haben.

Wir wollen trotzdem bekennen, daß in der gleichen Zeit von der Kirche und ihrer Führung auch Friedensbemühungen zu verzeichnen sind. Es wäre eine Unterlassungssünde, wollte ich an dieser Stelle nicht des Papstes Benedikt XV. gedenken, der unter strengster Wahrung seiner neutralen Stellung während des ersten Weltkrieges unablässig für die Herbeiführung des Friedens wirkte. Sein Leben war ein Leben für den Frieden. Noch wenige Stunden vor seinem Tode, am 22. Januar 1922, sprach er das Wort: „Gerne opfern Wir unser Leben für den Frieden der Welt!“ Gleich nach seiner Krönung, am 8. September 1914, und dem Beginn des Weltkrieges legte er in einem ersten Aufruf an die Gläubigen der ganzen Welt die Grundlinien seiner Hirnentätigkeit dar unter der Versicherung, nichts zu versäumen, was zur schnellsten Beseitigung der schrecklichen Kriegsgreuel beitragen konnte. Und weiter:

„Die Lenker der Völker aber bitten und beschwören Wir inständig, sie mögen ihre Streitsachen dem Wohle der Menschheit zum Opfer bringen, sie mögen bedenken, daß das Menschenlos schon Pein und Leid genug in sich schließt, als daß es noch elender und trauriger gestaltet werden sollte... Mögen sie baldigst die Hand zum Frieden reichen!“

Am 28. Juli 1915 erklärte Benedikt XV., daß er den segne, der „zuerst den Ölzweig emporhebt und dem Feind die Hand entgegenstreckt mit dem Angebot verständiger Friedensbedingungen“. Aber nicht einer der Staatsmänner der kriegführenden Welt hat diesen Ölzweig erhoben!

Vor einiger Zeit las ich in dem katholischen Werkblatt „Der Männerseelsorger“ (Nr. 5/1958) zu dem Thema „Unsere Sorge

der Mensch — Unser Heil der Herr“ den folgenden Satz: „Um Arbeit und Brot kümmern sich die Techniker und Naturwissenschaftler, um Frieden die Diplomaten“. Die Geschichte hat gezeigt, daß die im Dienste des Imperialismus stehenden Diplomaten in den seltensten Fällen Friedensbringer gewesen sind. Eine entscheidende Änderung ist erst mit dem Werden des Sozialismus zu verzeichnen. Den ersten und vielleicht besten Beweis dafür zeigte Rußland in der Stunde der erfolgreichen Oktoberrevolution 1917 mit seinem Friedensruf an alle. Erst im Sozialismus treten die Diplomaten als wirkliche Vertreter ihres Volkes und nicht, wie in imperialistischen Staaten, nur als Beauftragte der Großbourgeoisie auf. In den sozialistischen Ländern sind es die Völker selbst, die für den Frieden werben, arbeiten und kämpfen. So ist mit dem Sozialismus der ständige Kampf für den Frieden unlösbar verbunden. Sozialismus bedeutet Frieden, für den einzutreten ich als eine innere Verpflichtung fühle, als eine Forderung meines Gewissens und des katholischen Glaubens.

Immer wieder freue ich mich, in den Gottesdiensten die Bitte für den Frieden der Welt zu hören. Dieser Bitte entnehme ich auch die Aufforderung der betenden Gemeinde an mich, in meinem bisher geführten Friedenskampf unablässig fortzufahren. Sie, Herr Pfarrer, schrieben in Ihrem Brief, wenn von der Engelsbotschaft „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden den Menschen Seines Wohlgefallens“ nur noch stehen bleibe „Friede auf Erden“, dann sei das nicht mehr die Botschaft Gottes, sondern ein ausgehöhltes Schlagwort. Natürlich weiß ich, daß die Weihnachtsbotschaft nicht allein den Frieden zwischen den Menschen im Sinne einer Waffenruhe meint, sondern vor allem auch den Seelenfrieden, den Frieden in Gott. Aber kann ein Mensch im Seelenfrieden leben, wenn er seinem Bruder feind ist, wenn er gegen ihn das Schwert zieht? Der eine Frieden läßt sich vom anderen nicht trennen. Beide sind eine Einheit, und Wohlgefallen bei Gott wird nur der finden, der auch nach irdischem Frieden strebt; der Frieden in Gott wird ihm dann gegeben. Vielleicht hat mein Nachbar für den Frieden gebetet, „den die Welt nicht geben kann“. Doch glaube ich, auf dem rechten Wege zu sein, wenn ich sowohl für den einen wie auch für den anderen Frieden mein Herz zu Gott erhebe.

Die Worte unserer Päpste Pius XII. und Johannes XXIII. sind für jeden Katholiken gerade im Kampf um den Frieden der Welt von großer Bedeutung. Sie verpflichten uns, im Ringen um den Frieden nicht nur betend, sondern tätig zugegen

zu sein, um weiteren Kriegshandlungen einen sicheren Riegel vorzuschieben. In seiner Weihnachtsbotschaft 1954 erklärte Pius XII., der Krieg sei... „etwas außerhalb jeder sittlichen Verantwortung Liegendes“. Er wendet sich gegen die lange Zeit tonangebende Lehre, der Krieg sei „eine der vielen erlaubten Formen des politischen Handelns, die notwendige, fast natürliche Art, nicht beizulegende Zwistigkeiten zwischen zwei Ländern auszutragen“. Und in seiner Ansprache vom 19. Oktober 1953 an die Teilnehmer der 16. Sitzung des Internationalen Dokumentationsbüros für Militärmedizin sagte er: „Gegenseitiger guter Wille läßt den Krieg als letztes Mittel, Gegensätze zwischen den Staaten zu regeln, immer vermeiden.“

Weil wir als Katholiken diese ernststen Mahnungen Pius' XII. in unsere politische Arbeit einfügen müssen, haben wir die Frage, mit welchen Kräften wir den Friedenskampf gemeinsam führen können, gewissenhaft geprüft. Wir leben als Staatsbürger in der Deutschen Demokratischen Republik und haben gespürt, daß die sozialistischen Kräfte die eifrigsten und zielbewußtesten in der Friedensarbeit waren und sind. Trotz weltanschaulicher Unterschiede können und müssen wir uns mit ihnen in die gleiche Friedensfront stellen, wenn wir den päpstlichen Mahnungen nacheifern und vor unserem Gewissen bestehen wollen. Wir sehen in der westlichen Welt so viele christliche und besonders katholische Staatsführer, Politiker und Militärs, die an der Vorbereitung eines neuen Weltbrandes mitwirken. Sie reden von einer durch den Sozialismus und Kommunismus angeblich drohenden Gefahr, die vom „christlichen Abendland“ abgewendet werden müsse, und übersehen, daß dieser politische Trick, der die Aufrüstung rechtfertigen soll, vom übergroßen Teil der Menschheit durchschaut ist. Es geht ihnen einzig um die Erhaltung der Machtpositionen des Weltkapitalismus.

Herr Pfarrer, darf ich Sie in diesem Zusammenhang freundlichst bitten, sich noch einmal die Stellungnahme N. S. Chruschtschows zu der Rundfunkansprache Papst Johannes XXIII. im September 1961 zu vergegenwärtigen? Der Papst wandte sich an die führenden Politiker der einzelnen Staaten mit dem Aufruf, sich der auf ihnen lastenden „kolossalen Verantwortung“ bewußt zu sein, weil die gegenwärtige internationale Lage die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges in sich birgt. Da ich nicht weiß, ob sich das Heft 2/1961 der „begegnung“ in Ihren Händen befindet, möge hier ein kleiner Auszug folgen:

„In unserer Zeit muß man jede Persönlichkeit anhören und ihre Stimme berücksichtigen, die die Stimme des Protestes gegen das gefährliche Spiel mit dem Feuer erhebt, das von den aggressiven Kräften im Westen betrieben wird. Die vom Papst geäußerte Besorgnis um das Schicksal des allgemeinen Friedens zeigt, daß man überall im Ausland immer mehr versteht, daß Unvernunft und Abenteuerum in Fragen der Weltpolitik zu nichts Gutem führen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche berücksichtigt offensichtlich die Stimmung vieler Millionen Katholiken in allen Gebieten des Erdballs, die über die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten beunruhigt sind. Johannes XIII. zeigte dabei gesunden Menschenverstand, wenn er die Regierungen vor der allgemeinen Katastrophe warnt und sie aufruft, sich der großen Verantwortung, die sie vor der Geschichte tragen, bewußt zu sein. Ein solcher Appell ist ein gutes Zeichen.“

Als Katholik schäme ich mich, daß die Weltpresse von keinem der westlichen Staatsmänner ein ähnliches Wort vermelden konnte; sie haben geschwiegen, auch die Katholiken Kennedy, de Gaulle und Adenauer, weil sie mehr am Kriege als am Frieden interessiert sind. Im sozialistischen Lager wird bewußt vom Frieden gesprochen und auch danach gehandelt. Ich bin der Überzeugung, daß der Sozialismus dem Frieden dient und daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR auch die Friedenskräfte in Westdeutschland stärkt, damit das in Erfüllung geht, was im Programm des Nationalkongresses niedergelegt ist:

„Niemand mehr soll vom deutschen Boden ein Krieg ausgehen. Niemand mehr sollen andere Völker durch Deutsche leiden. Und niemals mehr soll die Kriegsfurie deutsche Menschen, Städte und Dörfer vernichten.“

Das ist doch wahrlich eine Forderung, ein Bekenntnis und eine Verpflichtung, die Katholiken, Christen und Nichtchristen gemeinsam übernehmen können, ohne weltanschauliche Unterschiede verwischen zu wollen. Nicht nur die Laien, auch unsere Priester und Bischöfe müssen sich auf diesen Boden stellen. Papst Johannes XXIII. hat mit seinen Worten nichts anderes gesagt:

„Die Kirche begleitet auch heute mit ihrem Gebet alles, was in den internationalen Beziehungen zur guten Atmosphäre der Begegnungen, zur friedlichen Regelung der Streitfragen, zur gegenseitigen Zusammenarbeit beitragen kann... Sie drängt ihre Söhne dazu, aktiv an der Verwirklichung des Friedens mitzuarbeiten... Keinesfalls dürfen die Katholiken sich mit der bloßen Haltung von Beobachtern zufriedengeben, sie müssen sich vielmehr gleichsam mit einer Mission von oben beauftragt fühlen.“

Die Katholiken in der DDR nehmen jedes Wort unserer Päpste stets sehr ernst und freuen sich insbesondere über solche Äußerungen, die uns Stütze in der Friedensarbeit sind. Deshalb ist es durchaus kein Zufall, in dem katholischen „Wort aus Halle“ die Treue zum Papst besonders hervorgehoben zu finden. Das Treuebekenntnis kam aus dankerfülltem Herzen. Wir stehen in der Kirche und im sozialistischen Staat und verbinden unsere Treue zur Kirche mit gleicher Treue und Liebe zum Volk, zu unserer Republik, die das Beste für den Frieden will und tut. Mehr und mehr Katholiken erkennen das.

Hochwürdiger Herr Pfarrer, mein Wunsch und mein Gebet geht dahin, daß Priester und Laien den Weg der praktischen Friedensarbeit gemeinsam gehen mögen. Wir Katholiken von der „begegnung“ suchen diesen gemeinsamen Weg. Benedikt XV. hat in seinem Friedensrundbrief gerade an die Presse ein besonderes Mahnwort gerichtet. Sie habe die heilige Pflicht, die Gedanken des Friedens zu verbreiten, darüber hinaus aber auch Wege der Verständigung zu erschließen. Diesem Worte folgt die „begegnung“ — denn sie will helfen und dienen.

Ihr sehr ergebener

Karl Grobbel

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM